

Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion und Verwaltung:
Prag, U., Seelitzgasse 32.

Telephone:
Tagesredaktion: 6705.
Nachredaktion: 6707.

Postfachamt: 57544.

Inserate werden laut Tarif
billigst berechnet. Bei öfteren
Einschaltungen Preisnachlass.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

4. Jahrgang.

Mittwoch, 24. September 1924.

Nr. 225.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:

monatlich Kr. 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
jährlich 192.—

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag (täglich) 12 Bl.

Der Kampf geht weiter!

Gestern in später Nachstunde hat das Abgeordnetenhaus das Gesetz über die Sozialversicherung in zweiter Lesung zum Beschluß erhoben. Wir deutschen Sozialdemokraten haben uns in dem jahrzehntelangen Kampf, den wir um diese Forderung der Arbeiterschaft geführt haben, um die Versicherung der alt und invalid gewordenen Arbeiter, der Witwen und Waisen des Proletariats, in keinem Augenblick einer Illusion über den Wert dieser sozialpolitischen Einrichtung wie über den Wert aller sozialen Reformen innerhalb der kapitalistischen Ausbeutungsordnung hingegeben. Wir haben in keinem Augenblick von der Durchführung der Sozialversicherung etwa eine Umgestaltung des Schicksals des Arbeiters im Kapitalismus erhofft. Wir wissen, daß durch keinerlei sozialpolitische Einrichtung die Ausbeutung des Arbeiters durch das Kapital aufgehoben wird, und daß, gemessen an unserem Endziel, der Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, auch eine große sozialpolitische Reform, ja die größte Konzession, zu der sich die bürgerliche Gesellschaft gegenüber den Arbeitern herbeiläßt, nichts anderes sein kann, als eine Etappe im Befreiungskampf des Proletariats. Aber dessen ungeachtet, haben wir in all den Jahren im alten Österreich genau so wie in der Tschechoslowakei, in den neunziger Jahren ebenso wie in den letzten Wochen, mit dem ganzen Aufgebot an Kraft, Fähigkeit, Unverwundbarkeit, mit der ganzen Energie, die uns als revolutionären proletarischen Kämpfern eigen ist, für die Verwirklichung der Idee der Sozialversicherung, für ihre Gesetzgebung gekämpft. Wir haben mit aller Leidenschaft gekämpft, denn wir haben es in den vielen Jahren gelernt, daß man mit demselben Eifer, mit dem man an die Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung geht, auch für jede Gegenwartsforderungen der Arbeiterschaft eintreten muß, die man der bürgerlichen Gesellschaft abringt. In der Zeit der Reaktion wird der Arbeiterkampf jeder Fortschritt auf der Bahn ihres Befreiungskampfes schwergemacht. Jeder kleine Erfolg der Arbeiterschaft hat in großen Zeiten seine große anfeuernde Wirkung, um so mehr der unverwundbare Fortschritt, der dadurch erzielt ist, daß das Gesetz nunmehr den Anspruch der alt und invalid gewordenen Arbeiter, der Witwen und Waisen der Arbeiterschaft anerkennt und verwirklicht.

Welcher Arbeiter, der den Leidensweg der Sozialversicherungsvorlage im Parlament der Tschechoslowakei aufmerksam verfolgt hat, war nicht erbittert über die Verschlechterungen, die die Bourgeoisie und ihre Parteien im Parlament der ursprünglichen Vorlage zugefügt haben. In ihrem materiellen und organisatorischen Teil ist sie verächtlichst worden, das Ausmaß ihrer Leistungen ist unzureichend. Wenn nun die deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten trotz all dieser Verschlechterungen, trotz der Tatsache der Ablehnung der im Plenum gestellten Änderungsanträge, trotz der geringen Verbesserungen, die sie im sozialpolitischen Ausschuss an der Vorlage durchzuführen imstande waren, in zweiter Lesung für die Sozialversicherungsvorlage gestimmt haben, so geschah das in dem festen Entschluß, daß der Kampf für die Sozialversicherung nicht beendet ist, daß dieser Kampf vielmehr auf neuer Grundlage weitergeführt wird. Es ist eine alte Erfahrung, daß alle sozialpolitischen Errungenschaften des Proletariats auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaftsordnung in der unvollkommensten Art ins Leben gerufen werden, daß der Kampf um keine sozialpolitische Einrichtung still stehen kann, daß er, wenn ein Fortschritt erzielt wird, mit ungezügelter Kraft, mit ungebrochener Fähigkeit weitergeführt werden muß. So ist auch der Fortschritt, der augenblicklich erzielt wurde, nur eine schwache Abschlagszahlung auf den jahrzehntelangen Kampf, den wir um die Sozialversicherung bisher geführt haben.

Deutschland geht in den Völkerbund.

Berlin, 23. September. (Wolff.) Unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten wurde heute ein Ministerrat abgehalten. Nach eingehender Erörterung der Frage des Beitrittes Deutschlands zum Völkerbund ergab sich Einmütigkeit darüber, daß die Reichsregierung den alsbaldigen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund erstrebe. Sie geht dabei von der Erwägung aus, daß die vom Völkerbund behandelten Fragen, insbesondere des Schutzes der Kinderheiten, der Regelung der Verhältnisse des Saargebietes, die Frage der allgemeinen Abrüstung in Verbindung mit der Durchführung der Militärkontrolle sowie die Lösung harter Fragen der Sicherung des friedlichen Zusammenarbeitens der Völker nur unter Mitwirkung Deutschlands, in befriedigender Weise geregelt werden können. Selbstverständlich kann Deutschlands Mitwirkung nur die einer gleichberechtigten Hauptmacht sein. Nachdem die auf der Londoner Konferenz erzielte Lösung der Reparationsfrage nach Auffassung der hauptsächlich beteiligten Mächte den Weg zu einer olivinen Behandlung der Frage des Beitrittes Deutschlands in den Völkerbund für die Reichsregierung eröffnet hatte, sind im Anschluß an die Konferenzverhandlungen Besprechungen in diesem Sinne ausgenommen worden. Das Ergebnis dieser Besprechungen bildet eine wesentliche Grundlage für die heutige Entscheidung der Reichsregierung. In Ausführung dieser Entscheidung läßt die Reichsregierung durch das Auswärtige Amt bei den im Völkerbunde vertretenen Mächten abschließend feststellen, ob die für die Stellung des deutschen Antrages erforderlichen Garantien, die sich sowohl auf Deutschlands Stellung im Völkerbunde wie auf bestimmte andere, hierbei untrennbar zusammenhängende Fragen beziehen, gewährleistet sind.

Genf, 23. September. (Eigenbericht.) Die deutsche Regierungserklärung wird hier im Völkerbundkreise lebhaft kommentiert. Man sieht es als eine gewisse Klärung der Sachlage an, daß zum erstenmal eine deutsche Regierung sich grundsätzlich für den baldigen Eintritt in den Völkerbund erklärt hat. Beantwundet wird die unklare Forderung des letzten Tages in der Regierungserklärung, der zu allerhand Deutungen im unehelichen Sinn Anlaß geben könnte. Es wäre das Bemühteste, daß die deutsche Regierung der Auffassung rechtzeitig entgegentritt, nach der sie im Zusammenhang mit Deutschlands Eintritt in den Völkerbund gleichfalls die Frage der Kriegsschuld, der Mandate und der Grenzfrage — alles Fragen, die mit der Kompetenz des Völkerbundes nichts zu tun haben — aufzuwerfen gedenkt. Da Deutschland den Eintritt bis heute hinausgeschoben hat, anstatt ihn

gleich vor drei Wochen nach der Erklärung MacDonalds zu vollziehen, ist man jetzt in Genf der Meinung, daß eine befriedigende Lösung während dieser Tagung nicht mehr möglich ist. Die einzige Möglichkeit, Deutschland noch während dieser Tagung anzunehmen, läge in einem unmittelbaren Schritte der englischen und französischen Regierung, ein ankerordentliches Versahren für Deutschlands Eintritt sofort anzunehmen und die gleichzeitige Gewährung eines künftigen Rates durchzuführen. Es sind in dieser Beziehung in Genf schon Versuche unternommen worden und man rechnet jetzt mit der Tatsache der baldigen Einberufung einer außerordentlichen Vollversammlung in ungefähr zwei Monaten, die die Aufnahme Deutschlands, nachdem alle Formalitäten erledigt sind, vollziehen soll.

Wahlen in Schweden.

Stockholm, 23. September. (Eigenbericht.) Im südlichen Schweden sind vergangenen Freitag und Samstag, in Stockholm am Sonntag Neuwahlen vorgenommen worden. Die Wahlen fanden unter dem Zeichen starker Wahlbeteiligung, namentlich in den Industriestädten. Infolge des unvollständigen Auszählungsverfahrens ist das endgültige Ergebnis vor Freitag nicht zu erwarten. In Göteborg ist die Stärke der Parteien unverändert geblieben; es wurden dort fünf Sozialdemokraten, drei Konservative und ein Liberaler gewählt.

Die Kroaten und das Kabinett Davidovic.

Belgrad, 23. September. (Tsch. P. B.) In die Frage der politischen Verständigung zwischen

der Regierung und den Kroaten ist auch durch den Aufenthalt des Ministerpräsidenten Davidovic in Belge keine Klärung eingetreten. Nach übereinstimmenden Berichten aus Zagreb halten die kroatischen Bauern daran fest, daß eine Verständigung mit den Serben erst nach den durchgeführten Neuwahlen möglich sein wird, da in der gegenwärtigen Regierung die Majorität des serbischen Volkes nicht vertreten ist. Das Kabinett Davidovic ist bestrebt, für die Lösung der Verständigungsfrage dadurch Zeit zu gewinnen, daß sie die Zustimmung der Kroaten zunächst für den Eintritt in die Regierung noch vor dem Abschluß eines formalen Kompromisses zu erlangen und andererseits die Kroaten für eine konziliantere Haltung zu gewinnen trachtet.

In der Entscheidung der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten konnte auch der Versuch der tschechoslowakischen Parteien, in letzter Stunde das Sozialversicherungswert zu verschlechtern, nichts ändern. Der Ueberfall der Koalition hat die Zustände im tschechoslowakischen Parlament drastisch beleuchtet. Unsere Abwehr gegen diese Verschlechterung hat sofort eingeleitet und ist in vollem Gange.

Wir werden vielmehr schon in nächster Zeit Gelegenheit haben, den Kampf für die Sozialversicherung fortzuführen. Das Junktum zwischen der Versicherung der Arbeiter und der Selbständigen hat die Verwirklichung der Sozialversicherung von der Gesetzgebung der Selbständigenversicherung abhängig gemacht. Es wird der ganzen Kraft der sozialistischen Parteien bedürfen, um dieses Hindernis der Verwirklichung der Sozialversicherung der Arbeiter hinwegzuräumen.

Während früher der alt und invalid gewordene Arbeiter dem Nichts gegenüberstand, die Witwe und Waise dem Elend und der Not überliefert waren, wird nach der Verwirklichung der Sozialversicherung — unzureichend aber doch für sie alle ein wenig geforgt werden. Die bürgerliche Gesellschaft hat damit den Schutz des alt und invalid gewordenen Arbeiters, der proletarischen Witwe und Waise anerkennen müssen. Das ist der bisherige Erfolg des jahrzehntelangen Kampfes der Arbeiterschaft. So wie es nicht der erste Erfolg des proletarischen Kampfes ist, wird es auch nicht der letzte sein. Wir werden gegen die Vertreter der Bourgeoisie weiter darum kämpfen, daß der Arbeiter im Alter und im Falle er invalid wird, daß seine Angehörigen vollkommen sichergestellt werden. Solange der Kapitalismus nicht überwunden wird, müssen wir ihn zwingen, für seine Opfer zu sorgen. Der Befreiungskampf der Arbeiterklasse ist nicht von gestern und heute. In jahrzehntelangen Kampf haben wir der bürgerlichen Gesellschaftsordnung Erfolg um Erfolg abgetrotzt. So lange nicht aller Ausbeutung ein Ende gesetzt ist, werden wir mit aller Kraft für die weitere Ausgestaltung all unserer sozialpolitischen Einrichtungen streiten. Eine Etappe in diesem Kampfe ist zu rückgelegt, aber der Kampf geht weiter!

Die Auflassung deutscher Mittelschulen.

Eine dringliche Interpellation der Abgeordneten Genossen Schöfer, Hoffmann, Deutsch, Pente und Kosche: an den Minister für Schulwesen und Volkshilfe bezieht sich auf die Auflassung deutscher Mittelschulen:

Am Schlusse des Schuljahres 1923—24 wurde vom Minister für Schulwesen und Volkshilfe die Auflassung von fünf deutschen Mittelschulen verfügt; und zwar: 1. Der Lehrerbildungsanstalt in Reichenberg, 2. Der Lehrerbildungsanstalt in Reichenberg, 3. Des I. deutschen Staatsrealgymnasiums in Prag, bezügl. Mikoladberggasse, 4. Des II. deutschen Staatsrealgymnasiums in Prag, Heinrichgasse, und 5. Der deutschen Staatsrealschule in Prag III., Jborovska.

Die Auflassung zweier deutscher Lehrerbildungsanstalten vor dem Schulminister Bedone bereits im Februar 1924 einer deutschen Abordnung in Aussicht gestellt worden, um angeblich den deutschen Lehrern den Aufenthalt zu erleichtern. Es gehört zum Rüstzeug der tschechischen Regierung, die Auflassung von Anstalten zur Veranlassung deutscher Lehrer mit dem derzeitigen Ueberfluß an deutschen Lehrern zu begründen. Dieser Ueberfluß, der sich in der großen Anzahl hessischer Lehrkräfte äußert, ist aber nicht dadurch entstanden, daß die Zahl der Lehramtsbewerber im Verhältnis zum Bedarf eine zu große ist, sondern einzig und allein dadurch, daß die Schulbehörden die Zeit des größten Geburtenrückganges dazu benutzt haben, deutsche Schulklassen zu sperren. Nicht ein erhöhter Andrang zum Lehrberufe, sondern die Wegnahme hundertert von Arbeitsplätzen und die systematische Verdrängung des Aufstellungsweges für den Nachwuchs war die Ursache für die große Zahl hessischer deutscher Lehrer, deren sich der Minister auf diese unvollständige Weise entschuldigen konnte. Die Tschechische Regierung, die der Bestand der deutschen Lehrerbildungsanstalten als Rückstuf auf die derzeitigen tschechischen Aufstellungsverhältnisse ein schwächerer geworden ist. Dieser schwächerer Bestand, der vielfach sogar vom Ministerium im Wege der Aufnahmebeschränkung herbeigeführt wurde, kann unmöglich als Grund für die Schließung weiterer Lehrerbildungsanstalten angesehen werden; abgesehen davon, daß ein schwächerer Bestand der einzelnen Abteilungen die bestmögliche Ausbildung der zukünftigen Lehrer gewährleistet, vertritt die tschechische Zentralmacht, daß bereits vom Schuljahre 1925—26 die Zahl der Schüler, infolge der höheren Geburtenzahlen, eine ganz wesentliche Steigerung erfahren muß, womit ein Wachstum an Massen verbunden sein wird, vergli. weiterhin, daß mit der fortschreitenden Pensionierung der Lehrkräfte die Abnahme der Stellenbesetzung ihren Fortgang nimmt und vergli. endlich, daß die Verbringung der tschechischen Auflassung einer Lehrerbildungsanstalt sich im besten Falle in vier Jahren anhören werde, daß aber zu dieser Zeit die nachrichtlichen Folgen der Kriegsjahre zum größten Teile überwunden sein werden und damit der Bedarf an Lehrkräften ein bedeutend gesteigertes sein wird. Dem derzeitigen Ueberfluß an Lehrkräften kann durch andere Mittel gesteuert werden und muß nicht gleich die definitive Sperrung von ganzen Anhalten verhängt werden.

Die Deutschen sollten in der Tschechoslowakischen Republik keineswegs einen Ueberfluß an Lehrerbildungsanstalten. Es stehen 16 tschechoslowakische Lehrerbildungsanstalten 14 deutschen gegenüber, von denen Amis bereits im Abzug ist. Dies ist ein Verhältnis, das dem Prozentfuß der Bevölkerung keineswegs entspricht und bedeutend zugunsten der Deutschen ausfällt. Auf alle diese Umstände ist das Schulministerium in umfassenden Memoranden und vielfachen Ausprägungen aufmerksam gemacht worden. Die Wegnahme aller dieser bestehenden Anstalten ist ein Zeichen der geschäftigen Verdrängungspolitik, welche sich mit Sparmaßnahmen nicht rechtfertigen läßt.

Während der Plan des Ministers gegen die deutschen Lehrerbildungsanstalten bekannt war, wurde die deutsche Öffentlichkeit von der Auflassung der drei Prager Mittelschulen vollständig überrascht. Auch diese Verfügungen sind Maßnahmen, die sich mit Sparmaßnahmen und mit dem Hinweis auf die tschechischen Verhältnisse nicht rechtfertigen lassen. Die deutsche Minorität Prags als eine der bedeutendsten Dienstleistungen der Tschechoslowakischen Republik auf ein vorzügliches Mittelschulwesen, wie sie es seit jeher besessen hat. Auch hier konnte es eine objektive Schul-

politik mit Rücksicht auf den schon vollzogenen Abbau bei den bestehenden Verhältnissen bewenden lassen. Die drei genannten Anstalten erfordern nach dem Staatsvoranschlage für das Jahr 1924 zusammen einen Aufwand von 1.444.725 Kronen. Davon entfallen auf die Personalbezüge 1.207.981 Kronen. Nachdem mit dem Abbau dieser Anstalt der Abbau der Lehrkräfte nicht verbunden ist, der Staat somit alle diese Bezüge, vielleicht mit geringen Ausnahmen infolge Pensionierungen, weiter zu bezahlen hat, so könnte er somit höchstens eine Ersparnis von 236.744 K. erzielen, welche jedoch in keinem Verhältnis steht mit den Schäden, welche die deutsche Bevölkerung der Hauptstadt an ihrem Mittelschulwesen erleidet. Das Verhältnis dieser Ersparnis zum veranschlagten Kostenaufwand für das gesamte Mittelschulwesen der Republik im Betrage von fast 170 Millionen sollte auch dem Minister zu denken geben.

Auch auf Grund des Ergebnisses der statistischen Erhebungen sind die Auffassungen nicht zu rechtfertigen. Der in den Mitteilungen des statistischen Staatsamtes veröffentlichte Stand des Mittelschulwesens im Schuljahre 1923-24 besteht von 305 Anstalten das tschechische Schulwesen mit 213, das sind 69,8 Prozent, das deutsche mit 83, das sind 27,2 Prozent. Tatsächlich sind von diesen 83 Anstalten die in Abbau befindlichen und teilweise im heurigen Jahre vollständig aufgelassenen Anstalten in Znojmo, Pilsen, Mundenburg, Brünn und Olmütz in Abzug zu bringen. Es verbleiben somit 78 deutsche Anstalten gegenüber 213 tschechischen; das macht somit schon 26 Prozent zu 71 Prozent. Nachdem das Bevölkerungsverhältnis der Deutschen und Tschechen in der Republik 24,2 zu 68,4 Prozent beträgt, haben die Deutschen ein Mehr von 1,7 Prozent, die Tschechen ein solches von 2,6 Prozent aufzuweisen. Es kann somit keine der beiden Nationen als verfürzt und damit das deutsche Mittelschulwesen auch nicht als überbegünstigt gegenüber dem tschechischen angesehen werden. Werden die derzeit verfügbaren Reduzierungen durchgeführt, so wird das deutsche Mittelschulwesen nur mehr 73 Anstalten, das sind 24 Prozent, besitzen gegenüber 213 tschechischen Anstalten, das sind 72,2 Prozent. Das tschechische Mittelschulwesen wird sodann um 3,8 Prozent gegenüber dem Bevölkerungsverhältnis begünstigt sein, die Deutschen hingegen einen Abbruch von 0,3 Prozent aufweisen. Es sind somit die neu angeordneten Auflassungen mit statistischen Mitteln nicht zu begründen.

Ebenso wenig vermag dies der Hinweis auf die Schülerzahl. Die deutschen Mittelschulen können an dem Ueberblich der tschechischen Mittelschulen aus den bekannten Gründen nicht teilnehmen. Trotzdem weisen die aufgelassenen Prager deutschen Mittelschulen einen Besuch von 240, 224 und 207 Schülern auf. Es sind dies Zahlen, die sich auch mit einer ganzen Anzahl tschechischer Mittelschulen messen lassen.

Damit sind die Auflassungspläne des Ministeriums jedoch noch nicht erschöpft. Laut eines Erlasses an den schlesischen Landesschulrat vom 24. Juli 1924, Z. 53.432, mit welchem der Konkurs um die erledigte Direktorstelle dieser Anstalt aufgehoben wurde, wird die Absicht des Ministers kundgetan, die deutsche Staatsrealschule in Freudenthal mit Beginn des Schuljahres 1925-26 aufzulösen. Diese Anstalt zählte im vergangenen Schuljahre 335 Schüler, übersteigt also bei weitem auch den Durchschnitt der Schülerzahlen an tschechischen Realschulen, der 270 beträgt.

Auch die Nichtdurchführung der Verstaatlichung des deutschen Mädchenreformrealgymnasiums in Znojmo, und das Verhalten des Ministeriums, bei Versuchen, dieselbe durchzuziehen, muß als ein Ausdruck des schärfsten Uebelwillens des

Ministeriums gegenüber deutschen Mittelschulen gedeutet werden. Nachdem bereits alle tschechischen Mädchenmittelschulen und auch zwölf deutsche Anstalten verstaatlicht sind, hat die Verstaatlichungsaktion aus politischen Gründen ausgezogen vor Jozim halt gemacht.

Es ist somit auf allen Gebieten des Mittelschulwesens der Bedrückungswille der tschechischen Schulverwaltung evident. Unsere Genossen protestieren mit aller Entschiedenheit gegen diese brutalen Auffassungen und alle weiteren Absichten des Abbaues an deutschen Mittelschulen und stellen an den Minister folgende Anfragen:

1. Wie rechtfertigt er die Auflassung der deutschen Lehrerbildungsanstalten in Leitmeritz und Reichenberg, wo die Einrichtung eines Lehrernachwuchses auch durch andere Mittel ohne endgültige Schädigung des Mittelschulwesens durchgeführt werden kann?

2. Wie begründet er die Auflassung dreier Prager deutscher Mittelschulen, wodurch nach den Ergebnissen des amtlichen statistischen Materials das deutsche Mittelschulwesen ungebührlich gegenüber jenem der tschechischen Nation benachteiligt wird?

3. Wie ist es möglich, daß bei so tief einschneidenden Fragen des deutschen Mittelschulwesens den berufenen deutschen Volkvertretern, die ihnen nach Anzahl und Steuerkraft der Bevölkerung gebührende Einflußnahme unmöglich macht wird und sie trotz aller genau bezogenen Gegenargumente vor vollendete Tatsachen gestellt werden?

4. Ist der Minister gewillt, die Auflassungsverfügungen in einer Weise abzuändern, welche den weiteren Bestand dieser Anstalten sichert?

5. Wie rechtfertigt er die trotz vielfacher Versprechungen des Schulministers bis heute nicht durchgeführte Verstaatlichung des Mädchenreformrealgymnasiums in Znojmo, wo alle übrigen Anstalten dieser Art nach einem genauen Uebernahmeplan bereits verstaatlicht worden sind?

6. Geben die Minister von der künftigen Auflassung deutscher Mittelschulen, in Anbetracht der Stichhaltigkeit der angeführten Gründe, Abstand zu nehmen?

Beendigung des internationalen Glasarbeiterkongresses.

Prag, 23. September. Nach viertägigen Beratungen wurde der Kongreß der Glasarbeiter heute nachmittags beendet, nachdem er die vom Redaktionskomitee vorgeschlagenen drei Resolutionen über die Programmpunkte für die internationale Glasarbeiterorganisation, über die Anwendung der Maschine in der Glasindustrie und über eine internationale Aktion der Glasarbeiter mit einigen geringfügigen, von der reichsdeutschen Delegation vorgeschlagenen Änderungen einstimmig genehmigt hatte. Wir werden diese Resolutionen später nachtragen.

Ein tschechisches Schicksal wollte es, daß einer der tüchtigsten Vorkämpfer der deutschen Glasarbeiter in der Tschechoslowakei, der langjährige Sekretär des deutschen Glasarbeiterverbandes Franz Wandler aus Teplitz, wie wir bereits an anderer Stelle berichteten, gerade in den Kongreßtagen einem langen Leiden erlegen ist. In der gestrigen Sitzung hielt ihm Genosse Krumann vor Eingang in die Tagesordnung einen tief empfundenen Nachruf, der von dem Kongreß stehend angehört wurde. Wandler war durch volle vierunddreißig Jahre als ein pflichtgetreuer, selbstloser Anwalt der Interessen der Glasarbeiter tätig. Sein Verlust trifft unseren deutschen Glasarbeiterverband sehr hart und es wird schwer sein, die durch seinen Tod entstandene Lücke wieder auszufüllen.

Debatte über die Finanzgesetze

in der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Prag, 23. September. Die Finanzgesetze, deren Inhalt wir bei ihrer Einbringung im Abgeordnetenhause ausführlich erläuterten und die im allgemeinen ein Geschenk der Koalition an das Finanzkapital darstellen, sind heute im Abgeordnetenhause beraten worden. Die Debatte über diese Vorlagen wird in drei Gruppen abgeführt. In der ersten Gruppe befindet sich das Gesetz über die Einrichtung eines allgemeinen Fonds der Geldinstitute, das Gesetz über Einlagebücher und Bankrevision und das Gesetz über die Pflichten der Bankiers bei der Aufbewahrung der Wertpapiere. In der zweiten Gruppe befindet sich das Gesetz, durch welches die Regierung ermächtigt wird, Forderungen aus Kriegslieferungen zu übernehmen und das Gesetz, durch welches ein besonderer Fond für die Wüderung der Nachkriegsverluste errichtet wird. In der dritten Gruppe endlich ist das Gesetz über die außerordentlichen Erleichterungen, die das Finanzministerium bei der Zahlung direkter Steuern gewähren kann.

Im Hause gab es wiederum einige Male „Situationen“, die sich äußerlich durch eine Umstellung der Tagesordnung bemerkbar machten. So hatten zum Beispiel die tschechischen Nationalsozialisten vor der Abstimmung über die erste Gruppe gewisse Bedenken ausgesprochen, denen die Regierung in den Durchführungsverordnungen zu den Gesetzen Rechnung zu tragen versprach. Nach der Ausscheidung traten die Koalitionsausschüsse wieder zusammen, um die Frage der Kleinpachte — hier wurde das bereits fertige Kompromiß durch die Merkmalen umgeworfen — und der Reorganisation des Bodenkamtes zu beraten. Ueber all dem aber schwebt die für unsere Industrie brennende Frage der Handelsverträge und im Zusammenhang damit die Frage der Mehlzölle, die weiterhin ihrer Lösung harren.

Die Debatte über die erste Gruppe der Finanzgesetze wird eingeleitet durch die Rede der Berichterstatter Sedinko, Matoušek und Rosel.

In der Debatte führt der Landwirtschafter Windisch an, daß infolge der Gesetze die Linderung noch steigen wird. Der Kommunist Skalač sagt, daß der fortschreitende Prozeß der kapitalistischen Monopolisierung den Staat in ein Organ einer kleinen, aber mächtigen Clique verwandelt. Die tschechischen Nationalen Kallina und Kraus erklären, den Staat nicht zu wollen und daher auch die Bankengesetze abzulehnen. Kallina wird wegen des Ausdrucks „Verträge über einen Schandfrieden“ und „Raub aus dem Jahre 1918“ zur Ordnung gerufen. Der Deutschdemokrat Raska sagt, wenn es unmöglich ist auf einem Gebiet der Politik gesunde Politik zu machen gegen oder ohne Millionen von Staatsbürgern, so am allerwenigsten auf dem Gebiete der Volkswirtschaft und Finanz, am allerwenigsten in jener Zeit, die vor uns liegt und deren gefährdende Probleme sich von Tag zu Tag mehr ankündigen.

Genosse Diel erklärt, wenn man schon bei dem Depotgesetz das Gesetz des deutschen Reichstages aus dem Jahre 1896 kopiert hat, so müsse man fragen, warum man sich nicht auch bei den andern Gesetzen die Erfahrungen und Gesetze anderer Länder zunutze gemacht hat. In allen diesen Gesetzen ist eine Reihe von Bestimmungen, die uns nicht unsympathisch sind. Aber

leider sind einige Bestimmungen nicht klar genug. So fürchten wir, ob bei der Zusammenfassung des Kuratoriums die Interessen der Einleger genügend gewahrt bleiben. Auch läge es im allgemeinen Interesse, daß die Bestimmungen über die Zwangsliquidation etwas deutlicher wären. Nicht minder unklar sind die Bestimmungen über die Fondschuldverschreibungen. Ganz überflüssig erscheint es uns, daß dieser Fond auch zur Stützung der Währung verwendet werden kann. Sehr wichtig wäre die Aufnahme einer Bestimmung in das Gesetz, laut welcher nicht zuviel Verwaltungsratsstellen auf einzelne Personen konzentriert werden dürfen. Die Bestellung von Aufsichtsräten wird sicherlich eine gute Wirkung haben, doch hätten die Kontrollorgane mit einem größeren Schutz umgeben werden sollen. Was die Strafbestimmungen betrifft, so sollen diese nicht angewendet werden gegen Organe der Anstalten, die unter dem Zwange ihrer Vorgesetzten in einzelnen Fällen die Bestimmungen des Gesetzes überschreiten müssen. Im ganzen halten wir die Vorlage nicht für genügend, um den Zweck zu erfüllen, der von ihr erwartet wird. (Beifall.)

Bei der folgenden Abstimmung gelangte auch ein Änderungsantrag des Genossen Diel, der stilistische Änderungen im § 19 des Gesetzes über die Errichtung eines allgemeinen Fonds der Geldinstitute vorsieht, zur Annahme. Das Haus schreitet zur Beratung der zweiten Gruppe der Finanzgesetze. Nach dem Berichterstatter Bradá und Remes sprechen 8 Debatter. Das Interesse an den Verhandlungen ist nicht allzugroß. Während der Rede des Karpatenritten Gagatlo sind außer dem Vizepräsidenten Burival acht Abgeordnete, fünf Parlamentsstenographen, zwei Redakteure und zwei Beamte des Hauses, im ganzen also achtzehn Personen anwesend.

Genosse Dr. Holitscher sagt, daß unsere Partei gern bereit ist, der Regierung dabei zu helfen, daß sie Ordnung schafft und daß sie endlich gewisse unerträglich gewordenen Missetände aus der Welt schafft, die seit Jahren der Bevölkerung dieses Reiches zum schwersten Nachteil gereichen. Wie aber will die Regierung Ordnung schaffen? Die beiden Vorlagen, ihre Ausarbeitung, die Art, wie diese Probleme gelöst wurden, zeigt aufs neue, mit wie wenig Ernst und Gewissenhaftigkeit man an sie herantritt. Fast in jedem Paragraph findet man das verhängnisvolle Wortchen „kann“, niemals das Wort „Pflicht“. Ueberall wird der Regierung die Freiheit gelassen, so zu handeln, wie sie will. Darum müssen wir auch diesen beiden Vorlagen, so sehr wir mit den Grundgedanken übereinstimmen, mit dem tiefsten Mißtrauen entgegenzutreten, und wir können sie in der Form, wie sie vorliegen, auf keinen Fall akzeptieren. (Beifall.)

Sodann schritt das Haus zur Abstimmung über die in dieser Gruppe enthaltenen Gesetze. Ein Antrag Holitscher auf Rückverweisung an den Budgetausschuß wurde von der „Mehrheit“, die aber infolge Fehlens der tschechischen Merkmalen gar keine Mehrheit war, niedergestimmt. Unsere Genossen gaben angesichts der Einigung des Präsidenten „to je menšina“ ihrem Zweifel über die Richtigkeit der Abstimmung in lauten Zurufen kund. Die Gesetze wurden schließlich angenommen.

32 Der libirische Expreß.

Roman von Frank Keller.

Copyright by G. Müller, München.

„Ist es hier?“ flüsterte er.
„Hier ist es, wenn ich nicht irre.“
„Das sieht sonderbar aus! Es sieht aus, als wäre es leer!“

Das Haus sah wirklich sonderbar aus. Die Fassade war brüchig von Regen und Wind. Sie war schon jahrelang nicht gepußt worden. Die Fenster waren matt und ungewaschen, das Tor schon eine Ewigkeit nicht gestrichen, die Türflinte rostig.

„Wenn es leer ist, kann es nicht hier sein, du Vieh!“ sagte Gerdt Lyman. „Glaubst du, der Quadrant hat ohne Aussicht in einem großen dreistöckigen Hause gewohnt? Du bist wahrhaftig das Kleinhorn. Geh und sieh nach, ob das Haus leer ist!“

Jakub Hložil prallte zurück, wie von der Tarantel gestochen.

„Ja? Nie, nie! Warum soll ich das tun? Ich traue mich nicht!“

„Gehorcht du dem Kommando nicht, nehme ich jeden Stein ins Feld.“

„Aber was soll ich tun?“ schluchzte Jakob Hložil. „Was soll ich tun?“

„Läute an und frage, ob Herr Jakob Hložil hier wohnt. Das ist ein alter Trick.“

Jakub Hložil schlich zitternd zum Haustor und läutete an. Niemand meldete sich auf sein Läuten. Das Haus schien wirklich leer zu sein. Jakob Hložil relativ erleichtert.

Gerdt Lyman überlegte.

„Dort um die Ecke liegt ein kleines Wirtshaus“, sagte er. „Ein Wirtshaus ist nicht nur eine Quelle, sondern auch ein Weisheitshorn. Wir wer-

den einen Magenbittern trinken und in Erfahrung bringen, ob das Haus leer ist oder nicht.“

Sie begaben sich in das Wirtshaus. Gerdt Lyman bekam seinen siebenten Bittern an diesem Tage. Was das Haus um die Ecke an Himmelfahrtskranal betraf, so meldete der Gastwirt, daß es einem Herrn Strömvermann gehörte, dem einzigen Sohn einer alten und sehr reichen Kaufmannsfamilie. Ob er Verwandte hatte? Ja, aber keine Geschwister. Er hatte das Haus umbauen lassen, schon lange vor dem Kriege, aber es sah nie bewohnt. Er war sehr fleißig, er konnte sich nicht helfen; er reiste unaufföhrlich herum, wo, wußte niemand. Aber seit dem Frühling 1914 hatte niemand ihn gesehen. Seit dieser Zeit war das Haus von einem Manne namens Goldschmidt beaufsichtigt worden. Von ihm wußte man im Wirtshaus nichts anders, als daß er enorm stark und ebenso schweigsam war. Anfangs war über das Haus am Himmelfahrtskranal viel geredet worden. Aber jetzt hatte man sich daran gewöhnt. Ob man Goldschmidt heute gesehen hatte? Nein, heute nicht, gestern auch nicht — genau bestimmt nicht seit vier oder fünf Tagen.

Die zwei Verschworenen vertieften das Wirtshaus und begaben sich auf die Straße. Jakob Hložil hatte von der ganzen Sache genug. Seine Unterlippe zitterte! Er war vor Jozim halt dem Wirtshaus nahe. In was für eine Unternehmung war er da hineingeleitet worden? Was waren das für Personen, mit denen er umging? Personen, die zu wissen behaupteten, wo eine Million in Gold verwahrt wurde, die ihren leichtgläubigen Kompagnon zu einem Hause führten, das seit 1914 leerstand und die unterdessen das Geld des Kompagnons im Zuf durchbrachten. Mit solchen Personen wollte Jakob Hložil nichts zu tun haben. Und er sagte sich, daß ein Wink an die Polizei über ihr Vorhaben ethisch richtig und sehr willkommen sein würde.

Gerdt Lyman dachte seinen Mitverschworenen

am Arm und schüttelte ihn so, daß die Zähne in seinem Munde klapperten. Gerdt Lymans Augen blühen, aber nicht vor Jozim, sondern vor Triumph.

„Willst du den Mund halten, du Wanderriff? Willst du den Mund halten? Begreifst du denn nicht, daß das das richtige Haus ist? Begreifst du nicht, daß die Familie ihn privat eingesperrt gehalten hat, um den Stand zu vermeiden? Darum hat ihn seit 1914 niemand gesehen. Darum wußte er nichts von alledem, was sich nach 1914 zugefallen hat! Er hat das Haus vor vier Tagen verlassen. Du sollst sehen, Herr Goldschmidt ebenfalls, aber gegen seinen Willen. Er hat wegen seiner Schamperci einen Tritt bekommen! Das Haus ist leer! Hat der Narr dort Geld versteckt, dann braucht man es nur mitzunehmen. Willst du mitun oder nicht?“

Jakub Hložil unterdrückte die hervordrehenden Hornesfahre, während er dieser Rede lauschte. Die Erinnerung an das Stofftäschchen leuchtete mit gesteigerter Schönheit wieder. In seiner Vision sah er fünfshundert Geschwisterjächchen aufgereiht, sah den frechen Trinker um sie alle geprellt und sich selbst in dem bezaubernden Inhalt der Täschchen wühlen.

„Ich tu mit, ich tu mit!“ rief er.

„Du bist ein Fuchs“, sagte Gerdt Lyman, „ein richtiger Schlauchfuchs, aber wenn du glaubst, daß du mich übers Ohr haufen kannst, dann bist du auf dem Holzwege. Du bist das Kleinhorn, ich bin das Großhorn. Vorwärts! So will es unser Schicksal. Wir müssen uns einen Dietrich verschaffen, aber zuerst müssen wir sicher sein, daß Herr Goldschmidt tatsächlich verabschiedet ist. Läute nochmals an und frage, ob Herr Hložil in diesem Hause wohnt!“

Jakub Hložil gehorchte, indem er einen scheuen Wink um sich warf. Aber die Straße war leer, und an dem anderen Ufer des grünen Kanals lag eine Fabrikfassade ohne Fenster. Auch jetzt

zeigte sich niemand auf Jakob Hložils scheues Läuten. Er wollte schon zu Gerdt Lyman zurück-eilen, als sich etwas ereignete.

Ohne sich etwas dabei zu denken, hatte er auf die Türflinte gedrückt, wie man es wohl tut, wenn man bei einem lieben Freund vergeblich angeläutet hat. Sein Stauenen war unbeschreiblich, als das Schloß nachgab und ein Spalt der Tür sich öffnete.

Hatte der verabschiedete Diener das Haus unberührt gelassen? In wider Erwägung winkte er Gerdt Lyman, näherzukommen. Gerdt Lyman kam, Jakob Hložil deutete stammelnd auf die offene Tür.

„Was be — be — be — wie kann sie offen sein?“

Gerdt Lyman sah die offene Tür mit starren Pupillen an. Dieses Mysterium überstieg sein Begriffsvermögen. Aber plötzlich war ein Entschluß gefaßt. Sechs kurfürstliche Magenbitter machten es leichter, ihn zu fassen. Er schob die Tür auf und trat ein. Ein paar Augenblicke später folgte Jakob Hložil.

„Wir — wir sind ehrlüche Menschen!“ murmelte er. „Die Tür war offen! Ja, sie war offen!“

Sie standen in einer verstaubten Halle und hatten eine Tür vor sich. In einer Ecke befand sich ein Telefon. Aber das einzige, das ihre Aufmerksamkeit fesselte, war die Tür von innen. Sie glück nichts auf Erden außer einer Sache, die sie beide kannten: der Kassettir einer Bank.

Sie sahen sich um. Nichts war zu sehen. Sie lauschten. Nichts war zu hören, Jakob Hložil zog die Tür nach der Straße wieder zu.

„Je — jemand könnte hereinkommen“, murmelte er, wie im Fieber zitternd. „Wir sind ehrlüche Menschen! Die Tür war offen!“

(Fortsetzung folgt.)

In der zweiten Lesung wurde die Sozialversicherung mit den Stimmen der tschechischen Koalitionsparteien, der deutschen Sozialdemokraten, der deutschen Christlichsozialen und der deutschen Nationalsozialisten angenommen und die Sitzung geschlossen.

Die Militärtage im Senat

Beginn der Senatstagen.

Prag, 23. September. Nach dem in den letzten Wochen das Abgeordnetenhaus eine Reihe von Gesetzesvorlagen im Eilzugstempo durchberaten, war es nun auch für den Senat höchste Zeit, mit den Sitzungen zu beginnen. Die heutige kurze Sitzung hat denn auch endlich den Aufhakt gegeben für die schon notwendig gewordenen Tagungen.

Vor der Plenarsitzung des Senats fand eine Klubobmannkonferenz statt, in der das Militärtagesgesetz zur Beratung gelangte. Die Konferenz beschloß, einer von unseren Genossen zu beantragenden Resolution die Zustimmung zu erteilen. Die namentliche Ausführung erfolgt im Sitzungsbericht.

Im Laufe dieser Woche wird der Budgetausfluß, beginnend mit morgen Mittwoch, den 24. ds., 11 Uhr vormittags, die Vorlage über die Kriegsanleihe durchberaten, welche im Plenum des Senats am 29. und 30. September auf die Tagesordnung kommt. Mittlerweile dürfen die Vorlage über die Sozialversicherung und die Bankgesetze im Abgeordnetenhaus erledigt sein und werden dann den Ausschüssen zugewiesen werden. Die nächste Sitzung des Senats findet Montag, den 29. ds. um 6 Uhr nachmittags statt.

Die Plenarsitzung des Senats begann heute um 6 Uhr nachmittags. Der einzige Punkt der Tagesordnung betraf das Militärtagesgesetz. Mit dieser Vorlage wird die Militärtaxe vom 1. Jänner 1921 angehangen aufgehoben. Für die Zeit bis einschließlich 1920 wird Vorschlag getroffen und es wurden auch die Gründe festgelegt, aus denen die Befreiung von der Zahlung der Militärtaxe bis einschließlich 1920 erfolgen kann.

Bei der ersten Beratung war nun über Antrag des Genossen Linl in die Vorlage eine Bestimmung aufgenommen worden, derzufolge auch jene Personen, deren Einkommen 10.000 K nicht übersteigt, von der Zahlung der Militärtaxe befreit sein sollten. Da hierdurch der Beschluß des Abgeordnetenhauses eine Abänderung erfuhr, mußte die Vorlage an das Abgeordnetenhaus zurückgehen. Dieses strich nun den von Genossen Linl gestellten Zusatzantrag, weil die Regierung anführte, daß bei Annahme dieses Antrages allen jenen Personen mit einem Einkommen unter 10.000 K, welche bis zum Jahre 1880 zurück die Militärtaxe bezahlt haben, diese rückwärts werden müßte. Infolgedessen gelangte die Vorlage in der vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Fassung atermals in den Senat.

Ueber eine vom Genossen Linl und Genossen Dr. Heller beantragte Resolution des Inhalts, daß die Regierung beauftragt werde, allen jenen Personen, welche ein Einkommen von nicht mehr als 10.000 K haben und die Militärtaxe bisher nicht bezahlt haben, diese über ihr Ansuchen in Abschreibung zu bringen, wird in der zweiten Lesung der Vorlage abgestimmt werden.

Nach der ersten Lesung der Vorlage vertagte sich der Senat zum 29. ds. um 9 Uhr vormittags.

Attentatsplan gegen Verriol.

Paris, 23. September. (Sch. P. V.) Spät abends hat sich herausgestellt, daß Frau Bogot-Panjean, die gegen den Ministerpräsidenten Verriol ein Attentat auszuführen im Sinne hatte, der Polizei bereits als Schwindlerin bekannt ist.

Bib und Bab.

Von René Bizet.

(Berechtigte Uebersetzung aus dem Französischen von Johannes Kunde.)

Ich hatte Demonello im Zirkus Orlando kennen gelernt. Er war schon alt und doch eine seiner Attraktionen. Das Publikum der ganzen Welt hatte diesen „Eccentric“ und seinen beiden Puppen — Bib und Bab — Beifall gespendet.

Er pflegte sie auf zwei Stühle zu placieren und mit ihnen ein stummes Gespräch zu führen, dessen Inhalt man nur aus den Gesten des Artisten erraten konnte. Dem weiblichen Mannequin „Bab“ machte er ungeschickt, schüchtern, den Hof, während seine Hände und Hüfte den männlichen „Bib“ unaufhörlich drohten; das endete mit einem komischen, regelrechten Faustkampf, der Gelächter und Bravos weckte.

Bib und Bab wirkten nicht abstoßend. Sie waren ungefähr so groß wie Demonello selbst. Der Polyp der Frau war mit Stoff überzogen, dessen Inhalt man nur aus den Gesten des Artisten erraten konnte. Dem weiblichen Mannequin „Bab“ machte er ungeschickt, schüchtern, den Hof, während seine Hände und Hüfte den männlichen „Bib“ unaufhörlich drohten; das endete mit einem komischen, regelrechten Faustkampf, der Gelächter und Bravos weckte.

Wie ich Demonello zum erstenmal außerhalb seines Wirkungskreises begegnete, versagte ich mir die Bemerkung nicht, daß er — ohne seinem Renomee zu schaden — diesen passiven Mitspieler vielleicht ein gefälligeres Aussehen verleihen könnte. Er sah nicht verächtlich an, klopfte auf sein

Inland.

Eine Ungezogenheit des „Pravo Lidu“. Die Redaktion des „Pravo Lidu“, die sich in den letzten Monaten in der Polemik gegen die deutsche Sozialdemokratie einige Zurückhaltung auferlegt hat, findet es in seiner gestrigen Nummer für notwendig in einer sonst nur kommunistischen Blättern eigenen Art gegen Vertrauensmänner der deutschen Arbeiterschaft vorzugehen. Es handelt sich da um folgendes: Anlässlich des internationalen Glasarbeiterkongresses hatte der Minister Habermann die Delegierten zu einem Abendessen eingeladen. Die Vertreter des Zentralverbandes der Glasarbeiter (Dannwald) waren nun zu diesem Abendessen nicht erschienen. Das hat geradezu einen Tobsuchtsanfall des Zentralorganes der tschechischen Sozialdemokratie zur Folge. Das „Pravo Lidu“ erzählt das Märchen, die deutschen und österreichischen Delegierten hätten das Verhalten unserer Genossen als „Ungezogenheit“ und „Schamlosigkeit“ bezeichnet und die Nichternahme unserer Genossen in einem vom Minister für soziale Fürsorge veranstalteten Nachtstuhl als eine politische „Büberei“. Wir entgegen dem Zentralorgan der tschechischen Sozialdemokratie, daß wir auf Notizen dieser Art künftighin nicht antworten werden, weil wir die sozialistische Presse als ein Werkzeug der Aufklärung der Arbeiter ansehen, fastige Schimpfwörter aber weder als ein geeignetes Mittel für diese Aufklärung ansehen noch für geeignet halten, die Annäherung sozialistischer Parteien verschiedener Völker zu beschleunigen. Noch sonderbarer womöglich erscheint uns die Bemerkung des „Pravo Lidu“, daß die Vertreter der deutschen Glasarbeiter bloß beim Minister für soziale Fürsorge weinen oder ihn beleidigen können. Wenn unsere Genossen beim Minister Habermann wegen der Arbeitslosenunterstützung der Glasarbeiter interveniert haben, was es ihr Recht und ihre Pflicht, aber keine „Büberei“. Steht aber die Redaktion des „Pravo Lidu“ auf dem Standpunkt, daß gewöhnliche Sterbliche, die beim Minister intervenieren, „beitel“, dann hat sie eine Auffassung vom Verhältnis zwischen Staatsbürger und Minister, die viel besser in die Zeit feudaler Gutsuntertänigkeit paßt als in das zwanzigste Jahrhundert. — Zum Schluß erlauben wir uns das Zentralorgan der tschechischen Sozialdemokratie an die rasch vergessene Resolution des Ostrauer Parteitag zu erinnern, die alle Parteiorgane dazu verpflichtet, sich in der Polemik gegen uns eines anständigen Tones zu befleißigen. Vielleicht könnte die Resolution eingerahmt und in der Redaktion des „Pravo Lidu“ an der Wand aufgehängt werden.

Eine vernünftige tschechische Stimme zur Sprachenfrage. Die „Tribuna“ schreibt in ihrem geistreichen Leitartikel über die Sprachenfrage in der Tschechoslowakei und vertritt dabei die These, daß die tschechische Nation bestrebt sein müsse, ihre Sprache in der ganzen Republik zur Geltung zu bringen, daß aber der Kampf gegen den Gebrauch der Sprache der Minderheiten durchaus nicht eine Machtvermehrung der tschechischen Nation bedeutet. Für den Geltungsbereich der tschechischen Sprache ist es ganz gleichgültig, wenn etwa auf den Gebirgen der Staßfurter neben tschechischen Aufschriften auch Aufschriften in der Sprache der Minderheiten sich befinden. Zum Schluß schreibt der Blatt: „Es ist keine Eroberung nationaler Positionen, wenn man um die alleinige Geltung der eigenen Sprache dort kämpft, wo diese Ausschließlichkeit nicht notwendig oder nicht zweckmäßig ist. Glaubt jemand, daß er für seine Nation einen Erfolg dadurch errungen hat, daß man in den Eisenbahnhöfen, welche zwischen Eger und Marienbad fahren, die Beschriftung, daß es verboten sei, auf den Fußboden zu spucken, nur tschechisch liest, — der sei Gott befohlen. Wir glauben, daß durch eine solche Maßnahme nicht die Position der tschechoslowakischen Nation, son-

dern die der Nation der Tuberkelbazillen gestärkt wird.“

Durchsichtige Neugierde. Das Stadtmant in Pilsen hat unterm 11. September an viele deutsche Städte, einen tschechischen Fragebogen über interne Amtsverhältnisse mit dem Ersuchen um Ausfüllung überfendet. Gestagt wird insbesondere auch nach der Einwohnerzahl und der Zahl der Beamten und Angestellten, nach ihrer Verteilung auf die einzelnen Dienstzweige, insbesondere des Manipulationsdienstes, nach den Amtsstellen und nach dem Familienstand des protokollierenden und des die Expedition und die Magistratur versehenen Angestellten. Der Zweck dieser neugierigen Fragestellung lautet durch Bekanntmachung der Herr Bürgermeister in Pilsen vor wenigen Tagen mit dem Prager Bürgermeister Dr. Baza an einer Versammlung eines tschechischen Vereines in Pragatz folgendem, in der der deutschen Bevölkerung mit der in solchen Versammlungen üblichen Lebenswürdigkeit gedacht wurde. Ausgerechnet der Herr Bürgermeister der Stadt Pilsen sieht sich berufen, die erwähnten neugierigen Fragen an die deutschen Städte zu richten. Er kann sicher sein, daß seine Neugierde nicht so bald befriedigt werden wird.

„Nie wieder Krieg“ — Kundgebungen der tschechischen Sozialdemokraten. Die tschechischen Sozialdemokraten veranstalteten zusammen mit den tschechischen freien Gewerkschaften am vergangenen Sonntag in einer ganzen Reihe von Orten Friedenskundgebungen. In Prag fand die überaus gut besuchte Versammlung im Smetanapark des Repräsentationshauses statt. Die Kundgebung gewann dadurch an Bedeutung, daß an ihr zahlreiche ausländische Genossen teilnahmen. Die Versammlung eröffnete der Vorsitzende des Prager Gewerkschaftsrates, Senator Genosse Jakubla, worauf die englischen Genossen Stokes und Thompson, der französische Genosse Delcand, der reichsdeutsche Genosse Werbig und der polnische Genosse Romek die Versammlung begrüßten. Die Begrüßungsreden wurden mit stürmischer Beifall aufgenommen. Ueber die Bedeutung der Gewerkschaften im Antikriegskampfe sprach Abgeordneter Genosse Lanerle, worauf Senator Genosse Dr. Soukup sich an die ausländischen Gäste wandte und im Namen des tschechoslowakischen Proletariats beim Andenken Joures versprach, daß die tschechoslowakische Arbeiterfront die Pflicht der internationalen Solidarität immer erfüllen und treu an der Seite ihrer Genossen aller Nationen Europas im großen Kampf für den ewigen Frieden stehen werde. Mit der Abjüngung des „Rudy Prapor“ wurde die sehr gut besuchte Kundgebung geschlossen. Auch in Brünn und im Mähr. Ostrauer Gebiet fanden Antikriegskundgebungen der tschechischen Sozialdemokraten statt. Die polnischen Sozialdemokraten demonstrieren in Karwin für den Weltfrieden. Alle Kundgebungen in Währen und Schlesien waren nach den Berichten des tschechischen Presbüros gut besetzt.

Die Jesur. Die weißen Fleck in den tschechoslowakischen Blättern bilden eine interessante Attraktion für die Fremden, welche aus zivilisierten Staaten kommen. Man muß zugeben, daß ähnliche Wachstümpfen auch in der demokratischen Republik unter gewissen außerordentlichen Umständen notwendig sind, aber man kann sich schwer mit der Vorstellung versöhnen, daß die Jesur in ihrer heutigen Form eine ständige Institution werden sollte. Es ist sicher, daß ihre heutige Praxis die Art des österreichischen Vorkriegszensurs übertrifft. Man konfiszieren mit bewundernswürdiger Schnelligkeit wahllos alles mögliche. Was man gestoren stehen ließ wird heute in einem anderen Blatt konfiszieren. Nicht einmal eine einem antilichen Bulletin entnommene Nachricht entgeht dem Konfiszationsmeister. Der Zensur arbeitet schablonenmäßig. Er konfiszieren öfters, ohne zu wissen warum, weil er die Sache nicht versteht; das verlangt man ja gar nicht von ihm. Es ist nur

zu verwundern, mit welcher Leichtfertigkeit sich die Öffentlichkeit damit verführt, daß der Geist unterdrückt wird. Wie anders verhält sie sich, als sie glaubt, daß ihr Wagen durch das schwarze Wehl bedroht sei. („Tribuna“)

Ausland.

Der erste skandinavische Wahltag.

(Von unserem Kopenhagener Korrespondenten.)

Am Dienstag, den 16. ds. sind die Wähler für die Erneuerung des Halbeils der dänischen ersten Kammer des Landthings erwählt worden. Der erste Schlag, der erste Sieg. Die dänische Sozialdemokratie hat nach der Zahl der Wähler einen Gewinn von drei Kandidaten errungen, sie steigert damit ihre Abgeordnetenzahl in Landthing von 22 auf 25. Der Sieg ist weniger von praktischer als von moralischer Bedeutung. Er genügt nicht — und konnte bei der Neuwahl nur der Hälfte der Landthingsmitglieder nicht gemügen — um die reaktionäre Mehrheit im Landthing zu brechen. Aber er zeigt, daß die von den Bürgerlichen so feindsüchtig erwartete „Stromwendung“ nicht erfolgt — es sei denn zugunsten unserer dänischen Bruderpartei, die im Verhältnis noch einen kolossalen Zuwachs über die Wählerzahl von der letzten Wahl hinaus erreichte. Der einzige Mißton der Wahl ist, daß die Konservativen ihre Abgeordnetenzahl gehalten haben, während alle Mittelparteien an die Sozialdemokratie verloren, sodaß sich auch in Danemark der Kampf immer klarer auf die Formel: hier konservativ, hier sozialdemokratisch zuspitzt.

Für das sozialistische Ministerium Danemarks ist der Ausgang der Wahl eine nicht hoch genug einzuschätzende moralische Stärkung. Sie hat nun einen eruchten Beweis erhalten, daß ihr Wählerbere zunimmt, daß ihr Sturz ihr immer neue Anhänger schafft; der Widerstand der Bürgerlichen die Sozialdemokratie nur gefühder und stärker macht. Der Mitte Oktober zusammenretende dänische Reichstag wird das erste sozialistische Staatsbudget und damit die sozialdemokratische Steuerreform — von der bürgerlichen Regierung ist unser Genossen eine Steuerverteilung von etwa 70 Prozent indirekter gegen 30 Prozent direkter Steuern hinterlassen worden — zu behandeln haben, beim Militärbudget den sozialdemokratischen Abrüstungsplan, der vollständige Abrüstung bis auf rund 10.000 Mann Land- und Seepolizei vorsieht. Nach dem Wahlausfall können unsere Genossen es auf Biegen oder Brechen ankommen lassen, liegen sich die Bürgerlichen nicht, so gibt der Wahlausfall der dänischen Sozialistenregierung das moralische Recht, dem König eine außerordentliche Reichstagsauflösung anheimzustellen. Und der Erfolg einer außerordentlichen Wahl wird nach dem Fingerzeig des 16. September sein: ein neuer sozialdemokratischer Wahltag! Man versteht, daß die Bürgerlichen absolut keinen Appetit auf einen neuen Wahlgang haben und daß die Taktiker in den bürgerlichen Parteien lieber aufs Biegen, auf ein einigermaßen annehmbares Kompromiß hinsteuern.

Für die Tschechoslowakei und unsere dortigen deutschen Parteigenossen haben sozialdemokratische dänische Wahlfrage insofern eine Bedeutung, als unsere dänischen Genossen eifrig für den Ausbau des Völkerbundes, gegen jede Sonderbündnispolitik und für eine energische objektive Regelung der Minderheitenfrage durch den Völkerbund eintreten, wie der dänische Ministerpräsident Gen. Stanning und der dänische Völkerbundesdelegierte Gen. Vorbjerg eben erst wieder in Genf ausgesprochen haben.

Genossen, leset und verbreitet die Arbeiterpresse.

Aber es kam die Zeit, wo er den bunten Anlässen Lebewohl sagen mußte, auch Herrn Orlando, dessen Auge sich feuchtete, den Clown, die herantuscheln, und dem schönen Zirkus, der so groß war wie ein Ozonampfer und den eine besondere Atmosphäre und Träume wie jenen erfüllten. Demonello war zu alt geworden, um weiter den Nerven zu spielen und das Publikum zu überzeugen, daß er noch an seine Farben glaube. Darin liegt alles. Man muß Vertrauen zu sich haben. . . .

Er zog sich in ein kleines Landhaus nach Anières zurück; dort besuchte ich ihn alle Jahre. Man traf ihn sicher an. Er behnte seine Promenaden niemals über sein Gärtdchen aus. Im Sommer sahen Bib und Bab auf einer Bank, während er umgrub und jädete. Im Winter bekamen sie in dem kleinen Salon den besten Platz; am Kamin. Den ganzen Tag hörten sie Demonellos nie verstehendes Geplauder, der ihnen alle seine Eindrücke und Reminiszenzen erzählte. „Aber warum gehen Sie nicht aus?“ fragte ich ihn eines Tages. „Weil ich meine Kameraden nicht mitnehmen kann; man würde mich für nützlich halten. Ich brauche keinen Verkehr; sie genügen mir. Sie haben wenigstens ihr Kostüm aus guten Zeiten beholten können. Ich, ich bin in Zivil; aber wenn ich sie ansehe, finde ich mich selbst wieder. Sie sind Irtsache, wenn ich feilsch nicht ältere. Sie haben noch ihr gödliches Lachen, ihre zerlumpte Tracht. Daß das Ende uns bedrückt, wissen sie nicht, und da ich nur sie sehe, weiß ich es ebensowenig. . . .

Der Kluge, er hatte recht. Ich war der einzige Zeuge, der es merkte, daß es mit ihm kergab ging und sagte es ihm nicht. Ich erlaubte mir nur häufiger nach Anières zu kommen und jedesmal fand

ich Demonello magerer und hinfälliger. Das blieb bis zu dem Tage, wo ich an dem niederen Gitter hingelagte und man mir nicht antwortete. . . .

Der Besitzer hatte einen zweiten Schlüssel, den er mir anvertraute. Ich betrat die Wohnung des „Eccentric“. Seine herrschte dort. Zwei leere Stühlen, ein Korridor, wo meine Schritte und meine Stimme dister wiederholten, die Treppe, welche mich zum ersten Stock hinaufführte; ich war in der Kammer. Ein schwaches Licht stahl sich durch die halbgeschlossenen Läden bis zum Bett. Ihm zu Seiten zwei Personen; auf dem weichen Linnen sah man die beiden Finger, das wachsfarbene Gesicht meines Freundes.

Zuerst glaubte ich, daß von ihm benachrichtigte Verwandte die letzten Liebesdienste an seiner Tierbestätte erwiesen. Aber wie ich mich näherte, erkannte ich die struppige, rote Perücke Babs, die zimmerfarbige Nase Bibs. Demonello hatte dieses letzte Tableau sinnig inszeniert. Bib und Bab sahen steif und vorgebeugt in ihren Hautküll, ihre schlaffen Hände berührten die ihres alten Gefährten. Er hatte bis zur letzten Sekunde sich der Illusion hingeben müssen, daß das Paar assistierte und über sein friedliches Hinüberflimmern wachte; das war gewiß kein letztes Glück, welches ein Lächeln auf sein Gesicht zauberte.

Die bizarre Vision erschien so natürlich und edel, daß ich mich selbst bei der Frage an Bab übertraute:

„Er hat nicht zu leben gehabt?“
Gewiß, sie antwortete mir nicht. Ich weiß nicht, wie es kam, — aber die beiden Puppen glühen in meinen Augen bereits zwei Engeln, welche die harmlose Seele und den elenden Leib eines Clowns in ein kindliches Paradies trugen. . . . In den wunderbaren Zirkus des Himmels. . .

Tages-Neuigkeiten.

Ein lauberer Kommuniftenführer.

Wie groß der Idealismus der kommunistischen Führer ist und mit welcher Besorgnis sie um die Besserstellung des Volkes kämpfen, beweist eine Notiz im Wiener „Tag“, welche wie folgt lautet:

185 Dollar per Doktor.

Zu Prager Blättern las ich seit langem immer und immer wieder — repetitio mater studiorum est — die Anzeige, daß Gebildete an ausländischer Universität den Doktorgrad „im Korrespondenzwege“ erlangen können „auch in absentia“. Bis mich einmal die Neugier fahre und ich an die angegebene Adresse schrieb. Ich schrieb und mit wackelnder Post, wie es so im Korrespondenzwege heißt, erhielt ich die folgende vervielfältigte Mitteilung:

Reichenberg, am 2. August 1924.

Sehr geehrter Herr!

Antwortlich Ihrer gest. Zuschrift sende ich Ihnen in der Beilage eine Information. Zur Promotion in absentia auf Grund einer Dissertation, eventuell einer schriftlichen Prüfung kommt nur eine gesetzliche inkorporierte amerikanische Universität in Frage, welche laut Anstufung des amerikanischen Ministeriums des Innern, Abteilung für Unterrichtsweesen gesetzlich autorisiert ist, Doktorgrade zu erteilen.

Die in Frage kommende Universität ist eine nationale Korporation und Mitglied des Nationalen Verbandes der Universitäten und Hochschulen. Der Unterricht ist indes auch durch Studienfurse auf dem Wege der Korrespondenz möglich und der Grad wird für die Arbeit erteilt, die auf diese Weise geschieht.

Neue Kandidaten, welche noch keine abgeschlossene Hochschulbildung hinter sich haben, können zur Erlangung (Ergrünung) ihrer Studien zwecks Erreichung des Baccalaureus, oder Magistergrades noch Kurse studieren, um auf Grund abgeschlossener Studien zur Matrikel und zur Promotion für den Doktorgrad ihres Faches zugelassen zu werden.

Die Höhe der Taxen ist auf der beiliegenden Information angegeben. Dieselben sind im vorhinein zu bezahlen.

Falls Sie an der Erlangung eines amerikanischen Doktorgrades interessiert sind und einen solchen anstreben, so ersuche ich Sie, — — —, worauf ich der Universität einen entsprechenden Antrag stellen werde.

Für die Antwort ist ein frankiertes Retourcouvert mit Ihrer genauen Adresse beizulegen.

Hochachtungsvoll

Dr. Albert Elsner,

Rosenthal 1, Nr. 5, bei Reichenberg, Böhmen, C. S. R.

Dazu noch ein Postskriptum in Maschinenschrift: „Für Sie für mich — — —“ ist die Erlangung des Doktorates bei Einreichung einer sehr guten Dissertation möglich. Gesamttag 185 Dollar. Dauer der Durchführung zirka sechs Monate.

Kurz: Man kann jedes Doktorat haben, man braucht bloß „eine Dissertation (These) im Umfange von mindestens 7000 bis 8000 Worten in zwei Exemplaren“ einzureichen. Die übrigen Formalitäten sind sehr gemächlich. Nur sind, wie oben ersichtlich, die Taxen im vorhinein zu bezahlen. Herr Dr. Elsner verrät nicht, um welche Universität es sich eigentlich handelt, und ich habe Verständnis genug, ihm das nicht zu verdenken. Wo gäbe es einen Mäler, der Käufer und Verkäufer zusammenbrächte und auf die Provision verzicht leisten! Was mich anlangt, ist meine Neugierde gestillt und es ist mir grundsätzlich gleichgültig, ob mein famoser Professor mir den akademischen Lorbeer aus Texas, Dakota oder Massachusetts zu holen beabsichtigt. Herr Doktor (in absentia?) Albert Elsner wird zweifellos genügend begüterte Studenten finden, die mit ihm Abschlüsse auf Lieferung von Doktorhüten tätigen.

Zur Information der Leserschaft ist es notwendig, Herrn Dr. Albert Elsner näher kennen zu lernen. Er war noch vor wenigen Tagen Mitglied der kommunistischen Partei und ist Direktor des Konsumvereines „Vorwärts“ in Reichenberg. Die in dem Artikel zum Ausdruck gebrachte Meinung paßt vollinhaltlich zu seinem Charakter. Dr. Elsner hatte ja immer schon eine gewisse Vorliebe für nicht allzu reine Geschäfte. Eine zeitlang handelte er mit Zink und diversen Metallen, zur Zeit, als noch Schieberverdienste zu erzielen waren; später errichtete er in Langenau eine Recksfabrik, beschäftigte dort eine ganze Anzahl Mädchen mit einer nicht gerade guten Bezahlung. Als auch dieses Geschäft nicht mehr ging, „machte“ er in Leinwand. In der Folgezeit gründete er eine Buchbinderei, erzeugte kleine Taschenspiegel und Kalender. Doch auch dieses Geschäft blühte nicht lange. Elsner wußte sich zu helfen: er suchte sich eine adelige Kompanionin und handelte in Glaswaren. Es hinderte ihn in diese blaublütige Umgebung jedoch durchaus nicht, in kommunistische Versammlungen zu gehen, um dort seinen Idealismus kundzutun und die Arbeiterklasse gegen die Sozialdemokraten aufzubecken und zum Kommunismus zu bekehren. Schließlich wurde Elsner Leiter eines Konsumvereines in Proschwitz und erhielt dann die Direktorstelle im Konsumvereine „Vorwärts“ in Reichenberg.

Nun zu seinem gegenwärtigen Nebengeschäft: Eine anständige Zerung würd: jedenfalls seine Inster te nicht aufnehmen, nicht jedes Blatt öffnet die Spalten für dunkle anrüchliche Geschäfte, um jeden Twindel zu unterstützen. In Reichenberg ging das Gerücht um, daß Dr. Elsner die Direk-

torstelle im Konsumverein „Vorwärts“ gekündigt haben soll. Möglich, daß er bereits — entsprechend seinen Fähigkeiten — in Amerika an einer Universität einen Posten erhalten wird. Wie dann später der Titel des Herrn Dr. Elsner lauten dürfte, kann man allerdings noch nicht sicherstellen werden, aber es nimmt sich ganz gut aus, wenn man sich den zukünftigen Titel also vorstellt: Major domus der Universität K. N. Dr. Albert Elsner, Recksfabrikant a. D., Fabrikant in Papierwaren a. D., Kompanion einer Gräfin a. D., Kommuniftenführer a. D., usw. So sehen also die kommunistischen Führer aus, die in den Versammlungen die Arbeiterklasse durch Verleumdungen gegen die „Sozialpatrioten“ aufzubecken versuchen. Man sieht es dem Reichenberger „Vorwärts“ auch an, daß ihm gestern folgende Notiz schwer gefallen ist:

Albert Elsner aus der Partei ausgestreitet.

Die bürgerliche Presse hat dem bisherigen Mitgliede der KPC. Albert Elsner Handlungen vorgeworfen, die mit den Grundfäden der kommunistischen Partei im Widerspruch stehen. Der Lokalaussschuß der Lokalarorganisation Rosenthal 1, der Elsner bisher als Mitglied angehört, veranlaßte ihn daraufhin zur Rechtfertigung. Der Lokalaussschuß mußte jedoch feststellen, daß der erhobene Vorwurf durch die Rechtfertigung Elsners nicht genügend entkräftet wurde. Aber noch bevor der Lokalaussschuß gezwungen war, daraus die notwendigen Folgerungen zu ziehen, erklärte Elsner seinen Austritt aus der Partei. Der Lokalaussschuß nahm diese Erklärung zur Kenntnis und beschloß, Elsner zur Niederlegung aller ihm von der Partei übertragenen öffentlichen Funktionen aufzufordern.

Aus der bürgerlichen Presse haben die Kommuniften also erst das erfahren müssen, was in Reichenberg bereits die Spahen von Dächern pfeifen. Und waren dann so „aufständig“, Elsner aus der Partei austreten zu lassen, „bevor“ sie die „notwendigen Folgerungen zu ziehen gezwungen“ waren. Wenn den kommunistischen Arbeitern — soweit welche noch vorhanden sind — jetzt nicht die Augen geöffnet werden, so können ihre Führer zufrieden sein: Die Irreführung dieser Arbeiterschaft wäre ihnen dann glänzend gelungen.

Hausherren auf dem Gimpellang.

Die „Deutsche Hausbesitzerzeitung“ vom 15. September enthält als Beilage ein Flugblatt, das sich an die Mieter wendet. Ist es schon merkwürdig, daß sich die Hausbesitzer überhaupt dazu bequemen, mit den Mietern zu reden, so ist doch diese Merkwürdigkeit leicht erklärt, wenn man weiß, daß der Hausherr mit dem Mieter nichts anderes zu reden hat, als die Art, wie am besten eine Mietzinssteigerung herbeigeführt werden könnte. Das Flugblatt bezieht sich auch, daß man es im Hause kreisen lasse, damit ja alle Mieter von der Hausherrenweisheit erfahren. Da auch wir unseren Teil beitragen wollen, damit der Ertrag der Hausherren in jene Kreise dringe, für die er bestimmt ist, teilen wir den Inhalt des Flugblattes auch unseren Lesern mit. Es wird erzählt, daß sich die Lage der Mieter in dem Augenblick verschlechtert habe, wo das Mieterschutzgesetz aufkam. War es nicht umgekehrt, daß die Mieterschutzgesetz geschaffen werden mußte, weil die Mieter in eine solche Lage geraten waren, daß sie sie keine Wohnungen mehr finden konnten, wenn sie gekündigt wurden? Wie ein Unschuldiger fragt der Schreibler der Hausbesitzer: „Ob es im Frieden nicht Wohnungen genug?“ Das wird wohl niemand bestreiten, nur ist es nicht so, wie die Hausbesitzer meinen, daß dann, wenn dem Zinswucherer freie Bahn geschaffen würde, auch schon neue Wohnungen entstünden, denn die Neubauten fallen ja nicht mehr unter das Mieterschutzgesetz und doch werden kleine Häuser gebaut. Einzig und allein deswegen, weil man das Wohnungsangebot beschränken will, damit für jedes kleine Loch ungeheure Summen an Zins erpreßt werden können. Um diese Tatsache zu beschönigen, erklären die Hausbesitzer, daß die „Revolutionäre“ und die „Mieterschutzvereine“ von der Aufhebung der Massen leben und die ehe Kunst verstehen, selbst den Diebstahl zur Tugend zu machen.“ Die Herren mögen sich merken, daß der der schimpft, nie Recht hat.

Von den angeführten Beweisen versprechen sich die Mäher der Hausbesitzervereine selbst keinen Erfolg, denn sie appellieren auch an das Mitgefühl der Leben Nächsten, indem sie erklären, der größte Teil der Hausbesitzer gehöre dem Stande der Angestellten, Arbeiter und kleinen Gewerbetreibenden an. Nicht bestreiten soll wieder werden, daß die Zahl der kleinen Hausbesitzer viel größer ist, als die Zahl der Zinsgeier, die sich annehmen. Im Namen der kleinen Hausbesitzer zu sprechen. Nicht wichtig ist aber, daß die kleinen Hausbesitzer auf eine gute Verzinsung des im Hause investierten Kapitals erpicht sind. Vom Hause leben, das wollen nur jene, die nicht zu den kleinen Hausbesitzern gehören.

Ein starkes Stück ist es jedoch, wenn die Hausbesitzervereine den Mietern empfehlen, die Forderung zu vertreten: „Das Mieterschutzgesetz muß abgebaut werden, und zwar rasch“. Wessen Interessen wäre denn damit bedient? Wenn der rasche Abbau des Mieterschutzgesetzes Wirklichkeit würde, dann könnten sich nur die Häuserpekulanten ins Fräustchen locken. Da jedoch die Aufhebung des Mieterschutzgesetzes selbstverständlichlich kolossale Zinsverhöhungen bringen würde (bis 1. Jänner 1928 soll der freie Wohnungswucher hergestellt sein) raten die Hausherren den Mietern, vom Staat und den privaten Unternehmungen „entsprechende Wohnungszulagen“ zu verlangen. Ja verlangen kann man sie schon, aber bekommen wird man sie bei der

„Liebe“ der Unternehmurer für die Arbeiter und Angestellten nicht. Würden die Mieter den Hausherren auf den Bein gehen, dann würden die Mieter sich ins Fleisch schneiden. Das Flugblatt der Hausherren ist daher ein Schlag ins Wasser.

Eine internationale Opiumkonferenz in Genf.

Der Völkerbund hat auf amerikanische Anregung eine internationale Opiumkonferenz zusammenberufen, welche im Monat November stattfinden wird. Der Völkerbund hat sich bereits mit dieser Frage des öfteren beschäftigt, seine Beschlüsse waren jedoch wertlose Kompromisse, die nur den Schein einer Regelung retten sollten. Gegen die Erzeugung, den Handel, den Schmuggel und die Verbreitung des Opiums haben die Beschlüsse keinen Damm errichtet. Laut diesen Beschlüssen darf das Opium zu ärztlichen und gesellschaftlichen Bestimmungen erzeugt werden. Was bedeutet aber die gesetzliche Bestimmung? In einer Anzahl ostasiatischer Länder beziehungsweise Kolonien besteht ein Regierungsmonopol für den Opiumhandel. Die Kosten der Bewirtschaftung dieser Kolonien werden zum großen Teil aus den Erträgen des Opiummonopols bestritten. So betragen die Einnahmen aus dem Opiumhandel in den englischen Straits Settlements 45 Prozent der gesamten Staatseinnahmen, in Hongkong 24 Prozent, in anderen Ländern 25 bis 45 Prozent. Diese Regierungen sind natürlich bestrebt, möglichst viel Opium einzuführen. Es besteht aber ein noch wichtiger Grund für die Opiumzufuhr dieser Länder. Durch die Erlaubnis des Opiumgenusses will man nämlich billige Arbeitskraft in das Land locken. Arbeiter aus Ländern, in denen der Opiumgenuss verboten ist, verkaufen ihre Körper und Seelen an die Opiumländer. In der amerikanischen Zeitschrift „The Nation“ (3. September) ist eine Erklärung des Generalsekretärs der malayischen Staaten wiedergegeben, wo diese Tatsache unter einem Wortschwall von Phrasen offen zugegeben wird. Der Bedarfs dieser Länder gilt aber laut Völkerbund als gesetzlich. So haben zum Beispiel Hongkong im Jahre 1923 15 Tonnen und die Straits 131 Tonnen eingeführt. Die Weltzeugung an Opium (im Jahre) stellt sich folgendermaßen zusammen: Britisch-Indien 1500 Tonnen, Persien 162 Tonnen, die Türkei 250 Tonnen, die Balkanstaaten 157 Tonnen. Die Erzeugung der Balkanstaaten ist aber in erster Linie für ärztliche Zwecke geeignet, während das asiatische Opium nur geistlich und verrottet wird. Im übrigen reichen für ärztliche Zwecke wenige Tonnen für das Jahr vollständig aus. Einzu kommt: die Produktion Chinas. Die Erzeugung ist dort zwar verboten, doch kann diesem Verbot keine Geltung verschafft werden. Schuld daran sind die europäischen Großmächte, die seinerzeit die Opiumzufuhr selbst mit Krieg ausdrängten. Jetzt ist zwar Einfuhr und Produktion wieder verboten, doch lassen die Großmächte die Warentzölle, fast die einzige Einnahmequelle für den Staat und für die Provinzen, nicht erhöhen. Daher versuchen sich die Generale auf das Opium, durch dessen Erzeugung und Verkauf sie sich die zur Befriedung des Heeres nötigen Summen verschaffen. Daß der Völkerbund bisher keinen greifbaren Erfolg erzielen konnte, ist die Schuld der großen Mächte, die an der Opiumerzeugung und dem Handel beteiligt sind und ruhig zusehen, wie viele Millionen Menschen durch den Opiumgenuss, der in den europäischen Ländern aufs strengste verboten ist, in Affen lein zugrundegehen. Frankreich verarbeitet das Opium und erlaubt den Opiumgenuss in Indochina; für Holland und Japan trifft dasselbe zu, beide verarbeiten das Opium und gestalten dessen Genuss in ihren Kolonien, in Holländisch-Indien beziehungsweise Formosa. China, Persien und die Türkei erzeugen und verbrauchen auch Opium, sind aber an dessen Verarbeitung nicht beteiligt. Das hauptbeteiligte Land ist aber Großbritannien, das, beziehungsweise seine Kolonien, sowohl in der Produktion wie in der Verarbeitung und Verbrauch an der Spitze steht. Der größte Widerstand gegen die Befestigung der Opiumproduktion war daher bisher von englischer Seite zu gewärtigen. Wir müssen auf die Novemberkonferenz gespannt sein und von ihr erhoffen, daß die englische Regierung diesmal an Stelle der gemeinsamen Geschäftsinteressen die Gesichtspunkte der Menschlichkeit wahren läßt.

Die Moral des Prager „Montagsblattes“.

Vor einiger Zeit hat ein Prager Banddirektor, der der Devisenschieberei verdächtig war, es vorgezogen, in ein besseres Jenseits zu verschwinden. Die betreffende Bank hat uns damals angerufen und um Verheimlichung der Affäre ersucht. Wir teilten in einer Glosse den Proletariern den Unterschied zwischen dem Tod eines Kapitalisten und eines Proletariers mit. Ein Wunschreiz des „Montagsblattes“ war die Antwort, denn der geheiligte Mammon war beleidigt worden. Dieser Tage hatte nun ein Familienvater, der auf Abwege geriet, eine Weiberaffäre bei Gericht. Die Affäre ist ganz uninteressant, eine reine Familienangelegenheit, der Mann hat nebst der Frau herausgewaschen die Kinder. Auf das alles nimmt das so stiltliche und prude „Montagsblatt“ keine Rücksicht und macht eine Skandalaffäre daraus, die durch ihre Folgen eine ganze Familie ins Unglück stürzen kann. Die Moral des Spieherblattes ist wirklich merkwürdig: Ein internes Familienleben existiert für dasselbe nicht, aber sagt jemand ein Wort gegen das geheiligte Eigentum, dann schreit es auf.

Der Präsident der Gastwirte in Deutschland heißt Emil Rüstler und was er ist, mögen seine

eigenen Worte zeigen. Auf dem Gastwirtsstag im Karlsruhe im Juni d. J. wendete sich in der Ansprache der als Gast anwesende badiische Minister des Innern, Gen. Remmle, gegen das Schloßmann und die Tanzmusik und verurteilte die Lustbarkeitssteuer. Darauf erwiderte der „Präsident“ unter anderem:

„Sollten die Ausern sitzen bleiben, die Dummheit nicht gefangen werden, die Kalle weiter schwimmen, oder sind sie nur verdammt für Staatspräsidenten, Oberbürgermeister und dergleichen? ... Wir müssen es einmal offen aussprechen: Die Gesetzgeber sind Verbrecher, die dafür sorgen, daß der Tanz vorzeitig abgebrochen wird, und die dadurch die jungen Leute in Nacht und Heimlichkeit hinaus-schicken, ehe ihre Ermüdung so groß geworden ist, daß sie sofort heimgehen. Liege man sie bis 4 und 5 Uhr früh austoben so gingen sie alsbald wieder an die Arbeit, denn um diese Zeit sieht ein Mädchen nicht mehr so verführerisch aus, wie um 12 Uhr nachts ...“

Verstehen wir Herrn Köster richtig, so wünschte er eine Verlängerung des öffentlichen Tanzes bis früh um 5 Uhr — aus sittlichen Gründen! Tagsüber schuften, nachträher tanzen, dann wieder schuften, tanzen usw. So konnten die jungen Leute nicht dazu, Dummheiten zu machen. Fürwahr, Herr Köster ist der gedobrene Volks-erzieher und Gesetzgeber!

Auch die „Majestäten“ hatten einen guten Magen. Der Kirche wurde nachgesagt, daß sie einen guten Magen habe, der sogar schon manche Länder verschluckt und vertragen hat. Im vollsten Sinne des Wortes trifft aber die Redewendung auf manche Potentaten zu, die sich auf Kosten ihrer Untertanen bei jeder Gelegenheit weidlich mit Speise und Trank gelabt haben. In seiner „Geschichte der Herrschaft Gratzen“ erzählt Anton Teichel von einem Besuch Karl VI. in Kaplitz (Südböhmen) im Jahre 1811, für welche Ehre sich die Bewohner dieses damaligen Marktfleckens in recht kostspieliger Weise erkenntlich zeigen mußten. Nach dem Schloßarchiv in Gratzen waren für die Mittag- und Nachstation „Seiner Majestät“ und des großen Gefolges zu liefern angeordnet und auch abgeliefert: 18 Stück Donaukarpfen, 135 Pfund ordinäre Karpfen, 63 Pfund Stockfische, 20 Stück Schildkröten, 84 Pfund Seiche, 18 Pfund Saiblinge, 8 Stück Kahl, 6 Stück Aalruthe, 4 1/2 Maßl Grundlinge, 2 Maßl Kappen, 34 Pfund andere Fische, 50 Schock Frösche, 40 Pfund Schmalz, 4 Pfund Butter, 500 Stück Eier, 22 Achsel Mehl, 350 Stück Kresse, 12 Maßl Milch, 4 Maßl Rahm, 20 Indians, 28 Gänse, 50 Enten, 72 Stapauner, 18 alte und 359 junge Hühner, 15 Lämmer, 15 Spanferkel, 9 Tagelaber, 4 Achsel Tafelobst, 60 Stück Kochobst, 5 Büttel Kohl, 30 Bündel Petersilie, 30 Bündel Kräuteln, 20 Bündel Schnittlauch, 4 Körbel Sauerampfer, 36 Stück Artichoden, 30 Stück Karfiol, 4 Büttel Sellerie, 2 Büttel Rüben, 3 Büttel Spinat, 30 Bündel Zwiebel und Knoblauch, 3 Körbel Gurken, 5 Körbel Salat, 1/2 Eimer Sauerkraut, 12 Büschel schwarzen Rettich, 3 Küffel Salz, 4 Eimer Eis, 3 Klasten hartes Holz, 10 Butten Kohlen. Das alles haben die Herrschaften für ein bescheidenes Mittag- und Abendmahl gebraucht. Wie lange mußten sich die getreuen Untertanen das trodene Brot vom Munde absparen, um die Kosten dieser Fresserei zu bezahlen!

Die Brandlegungen bei Budweis. Da Samstag nachts in Schwelmig neuerlich ein Brand ausgebrochen ist, hat die Gendarmrie die Aufsicht verschärft und forscht eifrig nach den bisher unbekannt Brandlegern. Die Voraussetzung, daß die Brandleger verurteilt werden, die Aufmerksamkeit der Gendarmrie von den Bränden in dieser Stadt abzulenken, hat nicht geirigt. Sonntag entstand nämlich in der nicht weit entlegenen Gemeinde Sonnberg ein neuer Brand, der allen Anzeichen nach, wiederum gelegt worden war.

Ein Fall von Hundswut wurde am 11. d. M. in Prag-Lieben festgestellt. Das Publikum wird nun von der Prager Polizeidirektion nochmals darauf aufmerksam gemacht, den Hund erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden und insbesondere die Konsumvorschriften genau zu beachten. Jeder Hund muß zur Konstriktion gemeldet werden, gleichgültig, wie alt er ist, muß mit einer Marke versehen sein, überall einen Maulkorb tragen, der unzerstörbar ist und an die Kette gebunden werden. Ausnahmen kann nur über Ansuchen der Magistrat bewilligen. Zuwiderhandeln hätte die strengsten Maßnahmen und Arreststrafen zur Folge.

Vorsicht bei Anpreisung von Heilmitteln. In letzter Zeit werden in verschiedenen Zeitungen in der Anzahl: „Fürs Haus“ unter anderem auch natürliche Hausmittel bei Erkrankungen empfohlen. So war in letzter Zeit bei Asthma, Atembeschwerden, Bronchialkatarrh die Verwendung von Stemonit-Kräuterpulver empfohlen und wörtlich war zu lesen: „Man laufe sich acht Delagramm, schütte sie auf eine Tasse, zünde sie an und atme den entstehenden Rauch ein, der augenblickliche Erleichterung und sehr oft vollständige Heilung schafft.“ Stramonit-Kräuterpulver ist nichts anderes als Stechapfel-Kräuterpulver und wer ein Gärchen besitzt, kann Stechapfelkraut selbst pflanzen und ziehen. Wenn jemand acht Deka dieses Pulvers, so wie es in der Vorchrift heißt, auf einmal auf eine Tasse schüttet und anzündet, wird durch den heftigsten Husten gequält und fast ersticken; es genügt nämlich ein Teil eines Delagrammes zur Rührung. Bei Bronchialkatarrh ohne Asthma ist das Einatmen des Stramonitrauches nicht nur ganz überflüssig, sondern direkt schädlich. Asthma ist übrigens sehr verschiedenartig und wenn beispielsweise ein Mensch, dessen Herzleiden Atembeschwerden erzeugt, Stramonit rauchen würde, so wäre dies ebenfalls nicht nur überflüssig, sondern gefährlich. Bei Anpreisung natürlicher Hausmittel sollte also doch vorsichtiger vorgegangen werden.

Gemeindevahlen in Böhmen-Mähren, Sonntag, den 21. d. M., fanden in B. Mähren die Gemeindevahlen statt. Diese hatten folgendes Ergebnis: Die tschech. Sozialisten erhielten 696 Stimmen und neun Mandate gegenüber der gleichen Zahl im Jahre 1919, die Sozialdemokraten 123 Stimmen ein Mandat (4), die Volkspartei 197 Stimmen und drei Mandate (2), die Republikaner 128 Stimmen und zwei Mandate (2), die Gewerkschaften 150 Stimmen und zwei Mandate (0), die Nationaldemokraten 81 Stimmen und ein Mandat (2), die gemeinsame Kandidatenliste von Mähren 47 Stimmen und ein Mandat (0), die gemeinsame Kandidatenliste der Deutschen 787 Stimmen und elf Mandate (10).

Eine Pragerin bei Königinhof ermordet. Auf der Straße bei Neuzahrad bei Königinhof a. d. Elbe wurde dem „Beder“ zufolge die Leiche der 17jährigen Rosa Matzels aus Prag aufgefunden. Wegen Mordverdachts wurde der Kaserngchilse Mann aus Königinhof verhaftet.

Ein Führer der österreichischen Christlich-sozialen wegen Betrugs verurteilt. Nach siebenjähriger Verhaftung wurde in Wien der ehemalige Präsident des Staatspensionsvereines Oesterreichs, Josef Mlôch, wegen Betrugs und versuchter Verleitung zur falschen Zeugenaussage, sowie wegen Verurteilung zu 15 Monaten schweren Kerkers verurteilt. Mlôch war seinerzeit von den Christlichsozialen als Mandat in Abgeordnetenhause aufgestellt worden.

Kommunisten sprengen die Antikriegs- und Chemnitz! Daß die Kommunisten nicht einmal vor einer Demonstration gegen die Wiederholung des Massenmordes mit ihren Aktionen halt machen, haben sie am Samstag in Chemnitz bewiesen. Die kommunistische Presse heizte wochenlang gegen diese Kundgebung, zwei Tage vor deren Stattfinden sagte ein kommunistischer Kriegsgerat die Direktiven zur Sprengung der Versammlung, die im größten Saal von Chemnitz, dem „Kaufmännischen Vereinssaal“ stattfinden sollte. In den frühen Morgenstunden des Sonntag hatten dann die kommunistischen Sprengkolonnen vor dem „Kaufmännischen Vereinssaal“ Aufstellung genommen (der Beginn der Kundgebung war für 10 Uhr festgesetzt und belästigt in gemeinster Weise ihnen bekannte Sozialdemokraten. Nach Öffnung des Saales verteilten sie sich entsprechend den erhaltenen Befehlen, zum Teil die Bündel Flugblätter tragend, und sangen die in diesem Munde zum Spott gewordene Internationale. Punkt 10 Uhr wurde die von mindestens 3000 Menschen besuchte Kundgebung von 200 Arbeiterführern mit einem prächtig vorgetragenen Lied eingeleitet, dem ein Musikstück folgte, nach dessen Beendigung das Stichwort zu dem kommunistischen Aufruf gegeben wurde. Ein unreifer Bursche schrie in den Saal: „Genossen, Arbeitsbrüder, wollt ihr mit Waff und Gewalt gegen den Krieg demonstrieren?“ Vergleichen eruchte der Vorsitzende, wenigstens diese gegen den Krieg gerichtete Kundgebung einen würdigen Verlauf nehmen zu lassen. Ein wüster Lärm war die Antwort, die kommunistischen Geistesflößen drängten auf Kommando zur Bühne, einer dem andern hinausstoßend, wobei ein kriegsbeschädigter Sänger von hinten von einem solchen Helden derart über den Kopf geschlagen wurde, daß er eine blutende Verletzung erlitt. Rückwärts wurden viele der anwesenden Frauen zur Seite und vor den Leib gestoßen. Von allen Seiten wurden von den Geleierten Bündel von Flugblättern in den Saal geschleudert. Schließlich mußte die Versammlung von den Einberufern aufgelöst werden. Auf diese Weise also demonstrierten am letzten Sonntag die Chemnitzer Kommunisten gegen Krieg und Kriegsgefahr!

Zur großen Probefahrt des J. N. III. Zu der voraussichtlich heute beginnenden großen Probefahrt des Luftschiffes J. N. III über Deutschland werden die Blätter aus Friedrichshafen, daß das Schiff um 7 Uhr morgens aufsteigen und kurz nach 8 Uhr den Kurs nach nordwärts nehmen werde. Dr. Göcker glaubt, daß das Schiff etwa um 5 Uhr nachmittags in Ham-burg sein werde. Bei Eintritt der Dämmerung wird das Schiff sedam nach Osten schwenken und die ganze Nacht über der Ostsee verbleiben. Bei Tagesanbruch wird das Schiff sich über Steint nach Berlin wenden, wo es etwa zwischen 9 und 10 Uhr zu sehen sein wird. Von Berlin aus nimmt das Schiff sedam direkt nach Zä-dern, um über Leipzig-Münchberg wieder den Bodensee zu erreichen.

Selbstmord eines Burgschauspielers. Gestern früh hat der Burgschauspieler Cyrill Sattler in seiner Garderobe im Burgtheater einen Selbstmordversuch unternommen. Er hat sich eine Angel durch den Kopf gejagt. In schwer verletztem Zustand wurde er von der Rettungsgesellschaft in die Klinik gebracht. Sattler war durch drei Jahre Volontär und spielte seit einem halben Jahr als Schauspieler im Burgtheater. Er ist ein von sonntäglichen Spieler und starkem Ehrgeiz besetzter Künstler. Während der gestrigen Vorstellung von „Alpenkönig und Menschenfeind“, in der er den Limabius spielte, passierte ihm eine kleine Textvergeßung, die vom Publikum überhaupt nicht bemerkt wurde, über die er sich aber derart alterierte, daß er seinem Leben ein Ende machen wollte. Sein Zustand ist hoffnungslos.

Güterzug gegen Straßenbahn. In Span-dau ereignete sich Montag auf der Berliner Chaussee an der Ecke der Nonnenbamm-Allee ein Zusammenstoß zwischen einer Straßenbahn und einem Güterzuge, der die Straßenbahn-

gleise kreuzen wollte. Die Lokomotive des Güterzuges fuhr in die Platte des Straßenbahn-anhängerwagens hinein. Die hintere Plattform des letzteren wurde beim Anprall fast völlig abgerissen und die darauf stehenden drei Fahrgäste beratgeschleudert. Eine Frau wurde getötet, eine weitere schwer und mehrere andere Personen leichter verletzt. Die Ursache des Unfalles ist noch nicht geklärt.

Der Brandherd in Mazedonien. Die mazedonische revolutionäre Organisation verurteilte auch den kommunistischen Abgeordneten Dr. Maximow als einen der mutmaßlichen Teilnehmer an dem Komploit gegen Todor Alexandrov zum Tode. Maximow hielt sich vor dem ihm drohenden Schicksal in den Bergen verborgen, wo er aber ergriffen worden sein soll. Sein Schicksal ist unbekannt. Die Polizei hat in Rustschuk eine geheime kommunistische Organisation entdeckt und ihre Mitglieder verhaftet. Gegenüber einigen ausländischen Verächtern wird offiziell aus Sofia festgestellt, daß in Bulgarien vollkommene Ruhe herrscht. Bwos hierfür seien auch die ständigen Reisen der Minister in Orte und Städte am Lande.

Herausgeworfenes Loksvermögen. Das „Journal“ erfährt aus New York, daß man die letzten Vorkahrungen zur Zerstörung von 218 unbrauchbaren Schiffen, die während des Krieges mit einem Kostenaufwand von 200 Millionen Dollar gebaut worden waren, getroffen habe.

Ueber eine epochenmachende Neuerung in der Seefabel-Telegraphie hat, wie dem Wolffbureau von Sachverständiger Seite mitgeteilt wird, auf der Naturforscher-Versammlung in Innsbruck Prof. Dr. Wagner (Berlin), Präsident des Telegraphentechnischen Versuchsanstalts, berichtet. Bisher konnte man auf dem langen Transocean-fabel nur recht langsam telegraphieren; auf den Kabeln zwischen Europa und Nordamerika werden z. B. in einer Minute nur 180 Buchstaben, auf manchen Kabeln im Pazifischen Ozean sogar noch unter 100 Buchstaben befördert. Professor Wagner und seinen Mitarbeitern ist es gelungen, die Telegraphie-Geschwindigkeit auf 1000 bis 1200 Buchstaben pro Minute zu steigern. Die technischen Mittel, mit denen dies erreicht wird, bestehen in einem neuen Kabeltyp mit erhöhter Selbstinduktion, sowie neuen Apparaten und Schaltungen zum Schnellsenden und Schnell-empfang, unter Verwendung von Hochvakuum-verstärkern. Die von der Deutsch-Atlantischen Telegraphengesellschaft geplanten Kabelverbindungen von Deutschland nach Nordamerika und anderen Ländern sollen bereits nach dem neuen System hergestellt werden.

60 Todesopfer eines Wirbelsturmes. Nach Meldungen aus St. Paul sind bei dem Wirbel-sturm in Minnesota (Wisconsin) 60 Personen ums Leben gekommen. Unter den zahl-reichen Verletzten befinden sich 25 Schwerverletzte. Durch den Sturm, der zeitweilig eine Geschwindigkeit von 80 Meilen hatte, sind zahlreiche Farmhäuser zerstört worden.

Automobilunfälle und Alkohol. In allen Ländern nehmen die Automobilmfälle in beunruhigender Weise überhand. Da verdient ein Aufsatz von Oberstleutnant Hamberger, dem Direktor des Motorwagen-dienstes der schweizerischen Armee, in der „Automobil-Revue“ über die wichtigsten Ursachen solcher Unfälle besondere Beachtung. Nachdem der Verfasser sich zu den gewöhnlichen, als Ursachen angegebenen Vorfällen (Blagen eines Rades, plötzliches Versagen der Lenkung) geäußert und auch die verschiedene Be-gabung der Autoführer für ihre Aufgabe genügt hat, schreibt er wörtlich folgendes: „Bei der Erör-terung dieses Themas wäre es übrigens eine Unter-lassungsfünde, nicht darauf aufmerksam zu machen, daß bei einem sehr großen Prozentsatz der Automobil-unfälle auch der Alkohol eine große Rolle spielt. Es gibt Leute, deren Schweiß und Wagen mit schon durch geringe Dosen Alkohol stark erhöht wird und die dann sich und die anderen Insassen des Wa-gens in schwere Gefahr bringen. Ich habe während meiner Dienstzeit konstatieren müssen, daß die über-wiegende Zahl von Automobilunfällen auf die Ein-wirkung von Alkohol zurückzuführen war. Jeder Führer eines Automobils sollte sich de-halb in Bezug auf die Einwirkung des Alkohols gründlich prüfen, und wenn er sich nicht ganz enthal-ten kann, doch nur so viel genießen, daß seine Vor-sicht und Sicherheit nicht ungenügend beeinträchtigt werden. Daß die Bestrafung ihrer Chauffeuren den Alkoholgenuß vor oder während des Dienstes unter-sagt und daß auch im Entwurf für das eidgenössische Ge-setz eine ähnliche Vorschrift für die Führer von Ge-sellschaftswagen vorhanden ist, ist durchaus gerech-tfertigt.“

Die Restaurierung des Dresdener Zwingers. Der Dresdener Zwinger, dieses Wunderwerk des deutschen Rokoko, zeigt so bedenkliche Verschleiß-erscheinungen, daß sich der Dresdener Rat jetzt endlich ver-anlaßt gesehen hat, etwas dagegen zu tun. Man hat beschlossen, die Erneuerungsarbeiten mit größerer Beschleunigung, möglichst binnen fünf Jahren, durch-zuführen. Zur Aufbringung der Mittel werden drei Gelbletterten veranstaltet, die einen Ueberschuß von je 250.000 Mark bringen sollen. Die darüber hinaus erforderlichen Beträge sollen von Staat und Stadt derartig aufgebracht werden, daß 65 Prozent der nicht gedeckten Aufwendungen vom Staat und 35 Prozent von der Stadt getragen werden. Wäre man nicht etwas billiger vorgekommen, wenn man eher an diese unbedingt notwendigen Restaurierungs-arbeiten des Zwingers gedacht hätte, als jetzt, wo er dem Zerfall so nahe ist? fragt der Dresdener Mit-arbeiter des „Anstwanderers“. Es lassen sich der-gleichen Unterlassungsfünden in Kunststätten nicht immer mit dem Geldmangel und der allgemeinen Not entschuldigen, zumal man manchmal Geld für wichtiger notwendige Angelegenheiten übrig hat.

Witterungsübersicht vom 24. September. Der Vorübergang eines Ausläufers der nördlichen baro-metrischen Depression wurde im Westen der Repu-blik von einer vorübergehenden Verschlechterung begleitet. Böhmen hatte vielfach Niederschläge mit Gewitter. Mehrere Niederschläge meldet: Eger und Donnersberg vier Millimeter, Budweis sechs, Radob-elz, Trautenau 13 Millimeter. Ostlich von Böhmen verlief der Durchgang der Störung ohne Nieder-schläge. In der Nacht auf Dienstag kühlte es sich in Böhmen bis auf 10 Grad Celsius ab. Der Himmel ist wieder heiter. — Wahrscheinliches Wet-ter von heute: Bewölkungsunruhe, neuerliche Neigung zu Gewittern, Erwärmung.

Die Mutter vor den Augen ihres Kindes vergewaltigt und erwürgt.

Ein Lustmord bei Berlin. Ein schweres Verbrechen wurde dieser Tage mit-tags im Walde zwischen Friedrichshagen und Mahlsdorf in unmittelbarer Nähe der Bahn-strecke Eckner bei Berlin erbeut. Ein Arbeiter aus Friedrichshagen, der hier abseits von einer Bahn-wärterhütte in einer dichten Nieserenschonung Wä-sche suchte, hörte plötzlich das Wimmern eines Kindes. Als er den Lauten nachging, stieß er auf die Leiche einer 25 bis 30 Jahre alten Frau, die vollstän-dig entkleidet war. Das Kind saß in völlig erschöpftem Zustande neben der Leiche. Der Arbeiter nahm das Kind an sich und begab sich sofort zur Kriminalpolizei in Friedrichshagen, wo dem Kleinen schnell ärztliche Hilfe zuteil wurde. Mehrere Beamte begaben sich nach der Fundstelle, um nähere Feststellungen zu machen. Es war auf den ersten Blick zu erkennen, daß die Frau einem Lustmord zum Opfer gefallen war. Man benachrichtigte die Berliner Kriminalpolizei und diese entsandte eine Mordkommission an den Tatort.

Die Leiche zeigte am Halse starke Würgema-ale und am Kopf leichte Verletzungen. Die Klei-der waren gewaltig vom Körper geris-sen und lagen abseits. Die ärztliche Besichtigung ergab, daß der Mörder sein Opfer vergewaltigt und dann erwürgt hatte. Nach Lage der Sache muß zwischen dem Täter und seinem Opfer ein he-ftiger Kampf stattgefunden haben. Die Fund-stelle muß zugleich der Tatort des Verbrechens ge-wesen sein, da eine Schlepplur nicht zu sehen war. Es wurde ein Knopf gefunden, der bei dem Kampf von der Wäsche der Frau abgerissen worden war. Am Tatort lag eine Tüte mit Salz, deren Inhalt ver-streut war. Ferner fand man ein Bruchstück, das anscheinend dem Täter gehört. Die Leiche hat nach den Angaben der Ärzte schon etwa 24 Stunden ge-legen. Die Tat muß in Gegenwart des Kin-des verübt worden sein, und das Kind blieb auch während der Nacht bei der Leiche der Mutter. Der Junge ist etwa vier Jahre alt. Auf der Polizeiwache erzählte er, daß er zu Hause ein so schönes Bett nicht habe und auch nicht so viel zu essen bekommen habe. Er nannte sich Herbert Oberrecht. Nur durch die Tagelohnkunst des Pilzsammlers ist der Kleine jedenfalls vor dem Hungertode bewahrt worden.

Inzwischen hatte die Kriminalpolizei festgestellt, daß in der dortigen Gegend in den letzten Wochen nicht weniger als vier Frauen im Walde von einem Mann angefallen worden sind. In allen Fäl-len verurteilte der Täter die Frauen zu vergewal-tigen, ließ aber von seinem Opfer ab, sobald sie sich zur Wehr setzten und begnügte sich stets mit dem Raub der Handtaschen. Gegen diesen Mann richtet sich der Verdacht der Täterschaft. Die Nach-forschungen nach der Persönlichkeit der Toten haben bisher zu keinem Ergebnis geführt.

Volkswirtschaft.

Die Lohn- und Vertragsverhandlungen in der Porzellanindustrie.

Montag, den 22. September l. J., fanden zwischen dem Verband der Keramikarbeiter und dem Arbeitgeberverband der Porzellanindustriellen unter Beizehung einer Anzahl Vertreter der Ar-beiterschaft neuerliche Verhandlungen zur Beile-gung der bestehenden Lohn-differenzen und Neuregelung des Kollektiv-Vertra-ges statt. Nach fünfständigen Verhandlungen mußten dieselben abgedreht werden, weil die Vertreter der Arbeiterschaft erklärten, zu einer Erhöhung der Löhne seitens ihrer Vollver-sammlung keinerlei Vollmacht zu besitzen. Die Vertreter der Arbeiterschaft beharrten auf ihrem Standpunkte, daß bei der derzeitigen Teuerung aller Lebens- und Bedarfsartikel eine generelle Lohn-erhöhung gegeben werden müsse. In bezug der Neuregelung der Minimal-lohn-sätze wurde eine Annäherung der gegen-seitigen Standpunkte erzielt, die übrigen Dif-ferenzpunkte des Mantelvertrages sind noch in Schwebel, es konnte darüber bisher nicht verhandelt werden.

Der Arbeitgeberverband wird im Laufe dieser Woche eine Vollversammlung einberufen, um zu dem Begehren der Arbeiterschaft neuerdings Stel-lung zu nehmen. Die nächste Verhandlung findet am Dienstag, den 30. September l. J., in den Räumen des Wirtschaftsverbandes statt und wer-den wir über deren Ergebnis dann weiter be-richten.

Um eine weitere Verschärfung der Angele-genheit zu verhindern, hat der Verbandsvorstand im Einvernehmen mit den Delegierten der Ar-beiterschaft beschlossen, das Lohnabkommen im Sinne unseres Vertrages ab Samstag, den 27. September l. J., dreiwöchentlich zu kündigen. Sollten also die nächsten Verhandlungen weder resultatlos verlaufen, hat die Arbeiterschaft nach Ablauf der Kündigungsfrist freie Hand in der ihr

geeigneten erscheinenden Weise vorzugehen, um eine Verbesserung ihrer Lage zu erreichen. Bis dahin erwarten wir, daß unsere Arbeiterschaft mit Ruhe und Besonnenheit abwartet, was die nächsten Ver-handlungen bringen werden.

Die Kleinhandelspreise weisen nach Nummer 19 der Preisberichte des Statistischen Staats-amtes in der mittleren Woche des Monats August 1924 im Durchschnitt für die ganze Re-publik nachstehende Indexziffern auf (errechnet auf Grundlage der Preissteigerung gegenüber den Vorjahrespreisen, Juli 1914 = 100): Gruppe I (täglich Bedarfsartikel, besonders Nahrungsmittel) 897, Gruppe II (Textilien, Schuhe und Männerhüte) 1053. Nehmen wir bei der Berechnung der Indices die Preise vom Vormonate (Juli 1924) zur Grundlage, bleibt der Durch-schnittliche Stand der Preise der in den Index einbezogenen Waren bei den täglichen Bedarfs-artikeln der gleiche und ändert sich überhaupt nicht, wogegen die Gruppe II eine Preiserrhöhung (+ 0,8 Prozent) aufweist. Dieser unveränderte Stand der Gruppe der täglichen Bedarfsartikel bedeutet diesmal nicht, daß bei den in dieser Gruppe einbezogenen Waren überhaupt keine Preisbewegung stattfand, oder daß sie wenig be-deutend war. Preisveränderungen kamen sehr häufig vor, doch häufig in aufsteigender Rich-tung; weniger häufig, jedoch in hohem Grade, in der Richtung einer Verbilligung. Diese sehr bedeutende Verbilligung einiger weniger Gat-tungen von Waren, vor allem Saisonwaren, hat dann die Vertenerung anderer Warenkategorien, deren Anzahl weit größer ist, aufgewogen. Die Preisenden; der Nahrungsmittel ist daher tatsächlich eine steigende, trotz des augenblicklichen Standes des Index der Gruppe I, welche auch nicht zu den Nahrungs-mitteln gehörende Waren enthält, und trotz der bedeutenden saisonmäßigen Verbilligung einiger Waren. Verbilligt haben sich im Verhältnis zum Vormonate nachstehende Warenkategorien: Kar-toffeln — 2,2 Prozent, Kraut — 18,9 Prozent (auch andere, im Index nicht einbezogene Ge-müsearten sind bedeutend gesunken, zum Bei-spiel Wäbren — 22,3 Prozent), ferner Reisfische — 0,7 und Petroleum — 0,5 Prozent. Verteuert haben sich folgende Waren: am meisten Brot-mehl (+ 8,3 Prozent) und Weizenmehl (+ 9,7), sodann Eier (+ 6), ferner alle Fette: Butter + 3,4, Schweinefleisch + 2, Margarine + 1,1, Schweine-schmalz + 2,9 (weniger schon Schmalz + 0,9 und Rindfleisch + 0,7) und Kornkaffee + 2 Pro-zent. Die in der Indexgruppe II enthaltenen Industrieerzeugnisse weisen überhaupt eine auf-steigende Preisende; auf: Textilien + 0,6, Schuhe + 0,9, Männerhüte + 0,8 Prozent.

Die Lebenshaltungskosten in den vertriebe-nen Ländern. Nach einer graphischen Darstellung der Wirtschaftskurve der „Frankfurter Zeitung“ können wir über die Goldpreise der Lebenshal-tungskosten in den verschiedenen Ländern folgende feststellen: Das teuerste Land ist Amerika. In den Vereinigten Staaten waren die Lebenshal-tungskosten auch vor dem Kriege größer als in Europa, was unter anderem in den dortigen Le-bensgewohnheiten seine Erklärung findet. Gegen-wärtig werden dort die Lebenshaltungskosten durch den hohen Geldwert des Dollars, die hohen Miet-ten und die sehr gestiegenen Kosten des Zwischen-handelsapparates verteuert. Die Spanne zwischen den Großhandels- und Kleinhandelspreisen ist in den Vereinigten Staaten außerordentlich groß. (Großhandelsindex 131, Kleinhandelsindex 165). Freilich sind die Einkommen in den Vereinigten Staaten viel größer als in Europa, weshalb die hohen Lebenshaltungskosten viel leichter bestritten werden, als die niedrigeren in Europa. Hoch sind die Lebenshaltungskosten in England, wo sie noch 55 Prozent über der Friedenshöhe stehen. Hier sind die Einkommensverhältnisse nicht so un-günstig. In der letzten Zeit konnten jedoch die meisten Industriezweige Lohn-erhöhungen durchsetzen. Ihnen folgt in Bezug auf die Goldpreise der Lebenshaltungskosten Polen, das in der Infla-tionszeit Ende November letzten Jahres noch die niedrigsten Goldpreise in Europa hatte, jetzt aber infolge der Stabilisierung beinahe an England herandrückt. Den gleichen Weg hat Deutsch-land zurückgelegt, wo die Lebenshaltungskosten im schroffen Gegensatz zum Vorjahre heute wesent-lich über dem Vorkriegsstand stehen und nur in-folge der Restes des Mietrücklaufes noch hinter dem englischen Stand zurückbleiben. Die Lebenshal-tungskosten in Frankreich zeigten in diesem Jahre infolge des Sturzes und der daraus folgen-den Erholung des Frank- große Schwankungen und fanden des öfteren (Jänner-März) wesent-lich unter dem Friedensstand, später, zur Zeit der Erholung der Valuta (April-Mai) zeitweilig wesentlich über Vorkriegsstand. Gegenwärtig ent-sprechen die Goldpreise den französischen Lebens-haltungskosten ungefähr dem Vorkriegsstand. (An-gewendet der allgemeinen Entwertung des Goldes bedeutet dies jedoch eine Senkung der Goldpreise gegenüber den Weltmarktpreisen.) Infolge der Valutastabilisierung haben auch in Ungarn die Goldpreise der Lebenshaltungskosten vor einiger Zeit — im Monat Juli — die Friedensparität erreicht. Die Goldpreise der Lebenshaltungskosten waren in Oesterreich bisher verhältnismäßig am niedrigsten, sie betragen im Juli 90 Prozent der Vorkriegskosten. Seit Ende letzten Jahres zeigen sie jedoch ein fortwährendes Ansteigen und sind auch seit Juli dieses Jahres noch wesentlich gestiegen. Ähnlich verhält es sich auch in Bezug auf die Tichoslawaki, wo die Preise und die Lebenshaltungskosten nach dem vorhergehenden Preisabfall wieder sehr im Steigen begriffen sind. Die steigenden Lebensmittelpreise der letzten Mo-nate haben die Lebenshaltungskosten überall in der Welt in die Höhe getrieben.

Der Abbau des Mieterschutzes. Ein jüngst erschienenes umfangreiches Buch im Verlag des Internationalen Arbeitsamtes behandelt die Wohnungsprobleme Europas nach dem Kriege. Es erfolgte in vielen Ländern ein Abbau des Mieterschutzes. So wurde unter dem neutralen Völkern der Mieterschutz in Dänemark und in Schweden abgebaut. Der Abbau soll aber erst Mitte 1925 in Dänemark beziehungsweise September 1926 in Schweden durchgeführt und die Härten des Abbaues durch Errichtung von Schiedsständen vermieden werden. Unter den Kriegführenden wurde der Mieterschutz abgeschafft in Finnland seit Juni 1922, in Jugoslawien seit Jänner 1923 und in Italien seit Juli 1923. In den anderen europäischen Ländern werden die Mieter mehr oder weniger immer noch geschützt, doch werden die Schutzmaßnahmen zugunsten der Hausbesitzer langsam abgebaut. Nur in Oesterreich besteht die ursprüngliche Gesetzgebung für den Mieterschutz unverändert weiter. In Polen sollen die Mieten erst Jänner 1925 75 Prozent der Friedensgoldmieten erreichen. — Der Abbau des Mieterschutzes wird damit begründet, daß der Schutz die Bautätigkeit unterbindet und den Arbeitgebern, die mit Rücksicht auf die geringen Mieten niedrigere Löhne zahlen, einen ungebührlichen Profit zuschaut. Was den ersten Punkt anbelangt, so wird darauf verwiesen, daß die Bautätigkeit, selbst wenn die Mieten der Neubauten vom Gesetz freigestellt werden, nicht aufgenommen werden kann, solange das allgemeine Lohnniveau unter Berücksichtigung der niedrigen Mieten niedrig bleibt und deshalb die Zahlung von höheren Mieten in den neugebauten Wohnungen den Angestellten und Arbeitern nicht möglich macht. Indessen sind diese Argumente nicht zureichend. Auch bei Aufhebung des Mieterschutzes sind die Arbeitgeber nicht geneigt, entsprechend höhere Reallohn zu zahlen, wofür die großen Lohnkämpfe in den verschiedenen Ländern zeugen. Demzufolge erhalten die Hausbesitzer die höheren Mieten nicht aus den Mehrproften der Unternehmer, sondern aus den geringen Einkünften der Angestellten und Arbeiter. Was aber die Bautätigkeit anbelangt, so wird sich das Privatkapital ihr auch bei höheren Mieten nicht zuwenden, solange es in der Industrie und im Handel mitschwingender angelegt werden kann. Die enorm hohen Zinssätze in den mitteleuropäischen Staaten halten das Privatkapital von der Bautätigkeit entschieden zurück. — Ueber den prozentualen Anteil der Mieten an den Lebenshaltungskosten gibt die folgende Tabelle Auskunft.

Lebenshaltungskosten = 100; davon entfallen auf Miete:

Länder	Vor d. Krieg	1920	1923
Bereinigte Staaten	18.10	11.30	18.05
Dänemark	14.20	7.10	11.14
Norwegen	15.70	7.60	11.40
Schweden	11.90	5.70	11.20
Schweiz	10.40	7.03	9.90
Großbritannien	16.00	10.25	13.07
Finnland	11.80	4.30	10.30
Frankreich	12.00	5.40	7.20
Italien	11.40	3.21	4.91
Deutschland	18.00	—	0.34
Oesterreich	14.00	—	0.66
Polen	18.10	1.13	3.44
Ungarn	18.00	1.06	0.22

Der äußerst geringe Anteil der Mieten an den Lebenshaltungskosten in den mitteleuropäischen Ländern ist heute bereits überholt. Seit der Stabilisierung der Valuta im Jahre 1924 bedeuten die monatlich oder vierteljährlich steigenden Mieten eine sehr wesentliche Steigerung des Mietsanteils an den Gesamtlebenshaltungskosten.

Auf dem Internationalen Vardarbeiterkongress sprach am Samstag Diemstra-Holland über die Wohnungsfrage in der Landwirtschaft. Seine Gedankengänge sind in einer einstimmig angenommenen Entschliessung enthalten, die folgendes sagt: Nach dem herrschenden Brauch haben viele Landarbeiter Wohnungen, die Eigentum ihres Arbeitgebers sind und die einen Teil ihres Lohnes darstellen. Im Falle einer zeitweiligen oder gänzlichen Lösung des Arbeitsverhältnisses (Arbeitseinstellungen) sind die Arbeitgeber fast immer berechnigt, die Wohnungen räumen zu lassen. Die Arbeiter kommen dadurch, namentlich angesichts der auf dem flachen Lande herrschenden Wohnungsnot, in eine starke Abhängigkeit gegenüber den Arbeitgebern. Diese Abhängigkeit ist ein großes Hindernis für den Kampf der Arbeiter um Verbesserung ihrer Existenzbedingungen. Darum ist der Kongress der Meinung, daß eine gesetzliche Regelung angestrebt werden muß, die die Aufnahme der sogenannten „freien Wohnung“ in den Lohnvertrag verbietet. Der Kongress fordert die angeschlossenen Verbände auf, bei ihren Regierungen in dieser Richtung Schritte zu unternehmen und auch dafür einzutreten, daß in die Kollektiv-Verträge eine Bestimmung aufgenommen wird, daß Wohnungen, die von Arbeitgebern an in ihrem Dienst befindliche Landarbeiter vermietet werden, keinen Teil ihres Lohnes bilden dürfen. — Der letzte Punkt der Tagesordnung betraf die Frage der Organisation der Kleinbauern, über die Morawitz-Oesterreich sprach. Die Kleinbauern sind in manchen Ländern auch als Lohnarbeiter in der Land- und Forstwirtschaft tätig, wenn auch ihr Arbeitsverhältnis dem der Saisonarbeiter ähnelt. Diese Kleinbauern sind proletarische Existenzen, die in den Vardarbeiterverbänden organisiert werden müßten, weil das für den Kampf der Lohnarbeiter in Land- und Forstwirtschaft zum Vorteil sei und weil dadurch auch die Organisierung der Dienstboten der Großbauern erleichtert wird. Eine Resolution, die diese Gedanken enthält, wurde einstimmig angenommen.

Mitteilung aus dem Publikum.
Das Beste für Ihre Augen
 liefert **Optiker Deutsch, Prag,**
 Graben 25, Kl. Bazar.
 1832

Ein willkürliches Kaffeemittel ist der altbewährte „Frank“, anerkannt von allen kwarlamen Hausfrauen der ganzen Welt, die auf eine Tasse guten Kaffees Wert legen. Es wird daher alle Hausfrauen die heutige Bekanntschaft mit der Abbildung der neuen Frank-Kaffeepackung, welche die feinste Qualität enthält, gewiß sehr interessieren.
 2835

Ein medizinisches Urteil. Ein angesehenes Arzt schreibt: Ich benötige gerne Gummisohlen, sowohl wegen ihrer Billigkeit, als auch wegen des angenehmen, sicheren Ganges mit denselben. — Als Arzt bin ich auch der Ansicht, daß die Person-Gummisohle und Gummisohlen bei allen möglichen Fußbeschwerden, bei Plattfuß, Knickfuß, Metatarsalgie, Wunderschmerzen usw. auch bei rheumatischen Knochen- und Gelenkveränderungen, sogar bei Rheumatismen der Fußgelenke und Neuralgien, die Beschwerden erleichtern und Heilungsprozesse begünstigen können, weil sie den Stoß des Pfosters sehr stark mildern.
 Nr. 2016

Kleine Chronik.
Frauen als Henker.

Mit Unwillen hat man gehört, daß das Genferamt in Sowjetrußland neuerdings auch von Frauen ausgeübt wird. Französische Blätter teilen aus diesem Anlaß mit, daß auch in Frankreich einmal eine Frau den Henker gespielt hat. Zur Zeit Ludwigs XIII. lebte in Dijon Helene Gillet, die 23jährige, durch außergewöhnliche Schönheit und Reinheit der Sitten ausgezeichnete Tochter eines königlichen Richters zu Bourg. Eines Tages wurde das Mädchen in das Haus einer Freundin geladen, wo sie das Opfer eines schändlichen Anschlages werden sollte. Man verabredete ihr einen Schlaftrunk, und als sie in tiefen Schlaf gesunken war, wurde sie von einem Unbekannten vergewaltigt. Drei Vierteljahre später brachte das unglückliche Mädchen ein Kind zur Welt, das indes unter nicht minder rätselhaften Umständen aus ihrer Kammer gestohlen wurde. Ihre Schwangerschaft war der Dessenlichkeit nicht verborgen geblieben, und da man von dem Kind weder etwas sah noch hörte, bemächtigte sich der Klatsch und schließlich das Gerücht dieses traurigen Falles. Das junge Mädchen wurde des Kindesmordes angeklagt und zum Tode durch das Schwert verurteilt. Eine unaussprechliche Menge hatte sich auf dem Richtplatz eingefunden. Die Zuschauer weinten laut beim Anblick der Verurteilten; der Henker, Simon Grandjean, fiel Helene zu Füßen und bat sie weinend um Verzeihung. Sein Weib, das ihm bei seinem traurigen Geschäft behilflich war, schien weniger von Bedenken geplagt zu sein. Sie schwang unter rohem Lachen die Schere, um der Verurteilten die Haare abzuschneiden. Helene kniete nieder, der Henker holte zum Schlag aus, aber er hatte eine unglückliche Hand; das Schwert entglitt ihm zweimal und traf das Mädchen an der Schulter. Da ergriff das entmenschte Weib den blanken Stahl, um selbst die Verurteilte zum Tod zu bringen. Dieser Anblick rief bei der Volksmenge einen Sturm der Entrüstung hervor. Steine wurden nach dem Henkerspaar geschleudert und Flüche und Verwünschungen wurden laut; der Henker entfloh, während das Weib versuchte, Helene Gillet mit Scherenstößen zu töten. Als ihr dies nicht gelang, schleppte sie die unglückliche Verderrin zu den Stufen des Schaffotts und traf Anstalten, ihr den Kopf zu zerschmettern. Das war der Menge zuviel. Sie stürmte das Blutgerüst, befreite Helene und bemächtigte sich des Weibes, das unter Stoßhieben und Steinwürfen in wenigen Augenblicken den Geist aufgab.

Der amerikanische Weltflug beendet. Aus San Diego (Kalifornien) wird vom Montag gemeldet: Die amerikanischen Weltflieger sind heute hier eingetroffen.

Ein Landdampfer in Flammen. Nach drahtlosen Meldungen, die in Halifax (Kanada) eingelangt sind, steht der Landdampfer „Zbor“ 500 Meilen östlich von Sable-Island in Flammen. Die Mannschaft wurde vom Dampfer „Lituania“ an Bord genommen, der nach Halifax unterwegs ist.

Folgenschwere Sturmkatastrophe. Die Pariser Blätter melden, daß während des heftigen Sturmes an der bretonischen Küste acht Personen ex trunke n seien.

Kurze Betten sind schädlich. Schlaflosigkeit, Krampfschmerzen, Husten, Kreuzschmerzen und andere nervöse Leiden werden nicht zum kleinsten Teil durch die modernen Betten ausgelöst oder zum mindesten begünstigt. Die Betten sind eben nicht lang genug, wie der in Toronto praktizierende Dr. Millard, der Präsident der „National-Liga zur Verbesserung von Rückenkrümmungen“ ausführt. „Unsere heutigen Betten sind für Leute mittlerer Figur gedacht“, erklärt er, „ein über das Mittelmaß hinausgehender Mensch muß sich in diesen Betten außerordentlich unbehaglich fühlen. Zwischen der Spitze des Fußes und dem Fußende des Bettes sollte mindestens ein Raum von 30 Zentimetern sein. Wer genötigt ist, in gekrümmter Lage im Bett zu liegen, kann nicht darauf rechnen, warme Füße zu bekommen, da infolge der Körperlage die freie Blutcircu-

lation gehindert ist. Für einen Mann, der an die zwei Meter mißt, ist das moderne Bett eine wahre Folterkammer. Aber er ist nicht der einzige, der darunter leidet. Die Hälfte der Kinder, vor allem der Knaben, die krumme Beine haben, verdanken diese Mißgestalt den allzu kurzen Betten. Es ist merkwürdig, daß Eltern nicht einzusehen vermögen, wie notwendig es ist, die Betten der Kinder nach Maßgabe ihres Wachstums zu erneuern. Das Bett, das ursprünglich für ein Kind von vier bis fünf Jahren gekauft wurde, wird gedankenlos weiterbenutzt, auch wenn das Kind schon acht bis neun Jahre alt ist.“

Der sechzigste Geburtstag.
 Zur Feier der Internationale in Wien.

Wenn die prächtige, unbergliche „Regendemonstration“, der Demonstrationsszug zu Ehren des Gewerkschaftskongresses, der trotz Sturm und Wolkenbruch glanzvoll durchgeführt wurde, alle Politischen Weisheit vom Regen, dem keine Revolution stand hielt, zu Schanden machte, so hat auch dies Fest der Internationale die düsteren Vorberlagen unserer Gegner Lügen gestraft. Man hat mit Unheilsprophezeiungen nicht gespart. Die Einen meinten, die Roten riefen jetzt ihre Scharen viel zu oft auf, um noch auf wirkliche Massenbeteiligung rechnen zu können, die Anderen stellten fest, daß der Anlaß des Festes volksfremd, der Wahrheit gleichgültig sei, und die Dritten machten gar geltend, man hätte in Wien allzu lange auf schönes Wetter gewartet, um jetzt einen Sonntag für Demonstrationen, „die schon lang nicht mehr ziehen“, zu opfern.

Sie haben es sicherlich — wie immer — herzlich gut gemeint. Aber es kam — wie immer — ganz anders — als man vielfach glaubte. Der gewaltige Sportplatz auf der Hohen Warte, einer der größten Plätze Wiens, auf dem die wichtigsten Fußballwettkämpfe ausgetragen werden, war sicherlich schon oft der Schauplatz von Massenversammlungen. Dennoch hat man solches Menschenaufgebot noch nicht gesehen. In langen, langen Reihen kamen die Genossen aus den Arbeiterbezirken anmarschiert, freudig begrüßt von den Döblingern, die als Erste zur Stelle waren und sich gewissermaßen als die Gastgeber fühlten. Die roten Fahnen werden hinter der Rednertribüne aufgezogen, sie umrahmen die Plätze der Arbeiter-Sänger. Lange Reihen von Ordern in blauen Blusen ziehen heran, im Lauffschritt nimmt der republikanische Schutzbund und der akademische Jugendverband seine Plätze ein. Immer neue Reigen treffen ein, das „unpopuläre“ Schlagwort hat das ganze rote Wien herangelockt und wer da glaubte, daß die Frauen dem Fest der Internationale teilnahmlos gegenüberstehen würden, den mußte ein flüchtiger Blick von der Haltlosigkeit dieser Annahme überzeugen. Da standen Frauen mit Kindern auf dem Arm, standen mehr als zwei Stunden auf den abschüssigen steilen Böschungen ohne Müdigkeit zu zeigen, ohne auch nur daran zu denken, daß sie ihren Platz verlassen könnten, ehe das Fest, ihr Fest sein Ende gefunden. Familienväter marschierten auf, die ihren ganzen Nachwuchs mitgebracht hatten. „Damit sie lernen, wohin sie gehören“, sagte ein Mann mit grauemierem Andreas Hofer-Bart und stellt seine fünf, einschließlich der „Alten“ (die übrigens gar nicht alt ist) vor sich auf. Alle Frauen unternehmen unter Lachen und Scherzen die Kletterpartien auf dem abschüssigen Terrain. Immer wieder heißt: „Mutter, nächsten Sonntag geht auf die Max mit“ und die Alten lachen stolz und glücklich, mit einem Glanz der Nahrung auf den müden Gesichtern, daß dieser Tag ihnen gehört, ein Ehrentag des kämpfenden Proletariates ist. Zwischen den Handarbeitern geistige Arbeiter, vor allem die „geistigen Schwerarbeiter“ Wiens, die Ärzte und die Lehrer. Auf allen Köden stimmt die Denkmünze des heutigen Tages und je enger man zusammenrücken muß, um so fröhlicher werden die Gesichter.

Als die Arbeiterturner einzichen, grüßt sie lauter Jubel, der stürmisch anschwillt, als die Turnerinnen folgen. Stramm, taktfest, sicher, so marschieren sie einher, die junge Garde, die lebendige Kraft des Proletariats. Der Wortturner läuft zur Tribüne und mit ein paar Winken, ein paar Kommandoworten wird der Zug verteilt, der ganze gewaltige Platz von der Turnerschaft besetzt. Sie stehen „ausgerichtet“, in gleichen Abständen, in gleicher Haltung, jeder preußische Feldwebel müßte seine helle Freude an ihnen haben. Der Anblick dieser weißen Schmetterlinge, die so rasch die weite Rasenfläche besetzt haben, ruft immer wieder von neuem Beifall und Händeklatschen hervor. Denn jeder fühlt: diese gebändigte Kraft, dieses durch Disziplin gebundene lebendige Wollen, das ist die Zukunft, die frohe Zukunft des Proletariats.

Die Festausfahre von Richard Strauß bedeutet den Beginn der Feier. Ein hübscher Zufall will es, daß mit den ersten Tönen die Sonne durch die Wolkenbrüche bricht, die sie bisher verborgen. Dann folgen die Reden, die trotz des Niesensplages man sogar versteht, Chöre, Musik. Schließlich wird die Fahne der Internationale entrollt. Prädigend und reichbestückt flattert sie mit den andern roten Fahnen im Winde, vom Jubel der Menge, von den Klängen der „Internationalen“ begrüßt. Das ist nicht die Bierbegeisterung der Veteranen-Fahnenweibe. „Sie ist rot vom Blut der Revolutionäre“, hat ein Redner gesagt. Der Schauer der Ehrfurcht geht durch die Massen.

Auf dem Heimweg ergeht man sich in den wüsten Schätzungen der Teilnehmerzahl. Bis zu 200.000 verstiegen sich die Ehrgeizigen, eine Ziffer, die nach Ansicht von Sachverständigen um 60—80.000 zu hoch gegriffen ist. In jedem Fall: aus dem prophezeiten Mißerfolg ist wieder einmal nichts geworden. Es war ein schöner, stolzer, froher Tag, ein wahrer Feiertag des roten Wien.
 Maxa Mautner.

Rüstet zum Fest der Internationale!
 1861 — 28. September — 1924.

Eben erscheint das Festschrift unserer Partei, das zur sechzigsten Wiederkehr des Gründungstages der Ersten Internationale herausgegeben wurde. Die wertvolle Gedenschrift enthält einen Aufsatz Ludwig Brügels über die alte Internationale, einen 1914 geschriebenen, noch nicht veröffentlichten Beitrag Wiktor Adlers zur Gründung der zweiten Internationale, sowie eine geschichtliche Uebersicht über die Entwicklung der Arbeiterbewegung von 1861 bis 1924. Die sechzehn Seiten starke Festschrift enthält außerdem reichen Bildschmuck bedeutender sozialistischer Graphiker (Biro, Dehn, Decker, Marsh, Selwendy und Pangrah). Die Wiedergabe der Mitgliederliste der Internationale von Friedrich Engels, sowie eines Bruchstückes aus der Adresse des Generalsekretärs der Internationale in der Handschrift von Karl Marx werden besonders Interesse erwecken. — Die Festschrift geht Mittwoch früh von Bestellern zu.

Gleichzeitig hat der Parteivorstand ein zwölf Seiten umfassendes Merkblatt über die Internationale zur Ausgabe gebracht. Diese Aufzählung einer Festrede hat Genosse Ruitpold Stern entworfen. Sie ist durch das Parteisekretariat zu beziehen.

Kunst und Wissen.

Spielplan des Neuen deutschen Theaters. Heute „Jar und Zimmermann“, Donnerstag „Das Weib im Purpur“, Freitag „Fidelio“, Samstag „Der Ruf“, Sonntag „Das Weib im Purpur“. — Das für Dienstag den 30. ds., halb 8 Uhr abends, im Neuen Theater angelegte philharmonische Konzert bringt folgendes Programm: E. M. von Weber: Ouvertüre zu „Turandot“, Anton Dvořak: Cellokonzert, gespielt von dem bekannten Cellisten Emanuel Feuermann, Anton Bruckner: 3. Symphonie D-Moll.

Spielplan der Kleinen Bühne: Heute und morgen Habimach „In jpat“ und „Der Golem von Prag“, Freitag und Samstag Offenbachs „Pariser Leben“, Sonntag „Kolportage“.

Bereitet den „Sozialdemokrat...“

Herausgeber: Dr. Ludwig Cech und Karl Cermak.
 Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Riefler.
 Druck: Deutsche Zeitungs-K.G., Prag.
 Für den Druck verantwortlich: O. Holik.



X-Füße

sind eine Folge von Kinderkrankheiten sowie eine Begleiterscheinung einzelner Berufe. Vorbeugend und den Gang erleichternd wirken die elastischen **BEASON** Gummi-Absätze und Gummi-Sohlen.



Kalla's
Fischkonserven

werden wegen ihrer vorzüglichen Güte und ihrem feinen Geschmacke überall bevorzugt.

Verlangen Sie daher nur **Kalla's Fischkonserven** in allen Konsumvereinen erhältlich.